

# mo

MAGAZIN FÜR  
MENSCHENRECHTE NR. 71

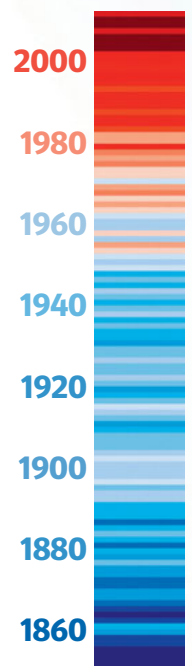
**SOS**  
Mitmensch



**DOSSIER**  
**KLIMAKRISE -**  
**UND WIR**

**INTERVIEW**  
**FATMA AKAY-TÜRKER**

**BRUNNENMARKT**  
**EIN LOKAL-**  
**AUGENSCHIEIN**



KOLPORTAGE DAVON 1,50  
**3,00€**  
EBRO FÜR

**REINHARD STEURER:**  
**BISHER WAR SCHEINKLIMASCHUTZ**

# Was MO-Kolporteur\*innen erleben

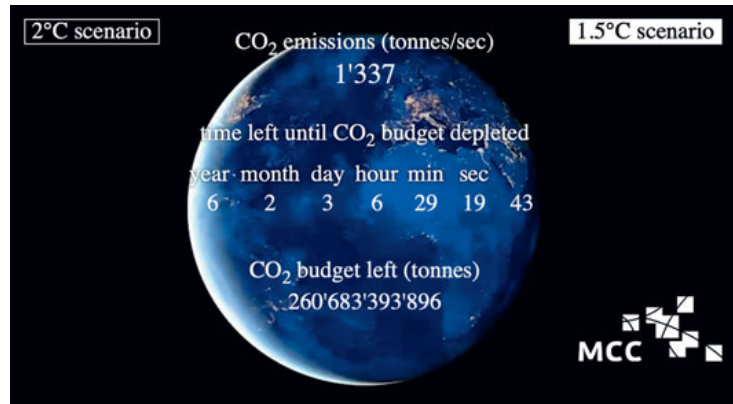
Illustration: P.M. Hoffmann, Text: Thyra Veyder-Malberg



*P.M. Hoffmann / Thyra Veyder-Malberg*

**SOS**  
Mitmensch

JETZT SPENDEN!  
IBAN: AT12 2011 1310 0220 4383  
BIC: GIBAAWXXX



Screenshot: Mercator Research Institute on Global Commons and Climate Change (MCC). Die Uhr tickt. Die CO<sub>2</sub>-Uhr zeigt, wieviel Kohlendioxid noch in die Atmosphäre abgegeben werden darf, um die globale Erwärmung auf 1,5 Grad zu beschränken.

## Liebe Leserin Lieber Leser

Die Daten, die Klimawissenschaftler\*innen seit Jahren und Jahrzehnten über die Dynamiken erheben, die auf diesem Planeten durch Treibhausgase losgetreten werden, sind erdrückend. Es muss verstörend sein, der Politik zuzusehen, wie sie ungeachtet dessen einfach weitermacht. Trotz Weltklimakonferenzen, trotz Selbstverpflichtungen ist man weit von einer Trendumkehr entfernt. In Österreich wurden, entgegen der Lippenbekenntnisse verschiedener Regierungen, die CO<sub>2</sub>-Emissionen nicht gesenkt. Sie steigen jedes Jahr weiter an. Dass ein Forscher wie Reinhard Steurer, Professor für Klimapolitik, von „Schein-Klimaschutzpolitik“ spricht, ist deshalb verständlich. Auch, dass er Hoffnungen in Aktionsformen wie die der Letzten Generation setzt, um die Politik doch noch zum Handeln zu bewegen. Denn sobald Kippunkte erreicht werden, würde selbst ein sofortiger, weltweiter CO<sub>2</sub>-Stopp nichts mehr nützen. Dann verstärkt sich die Klimaerhitzung von allein. Während Rechtspopulisten über die „Enteignung“ von Autofahrer\*innen zetern, steigt das Risiko mit jedem zehntel Grad. Jene, die aus dieser Krise heute politisches Kleingeld schlagen, werden sich allerdings morgen nicht mehr dafür verantworten müssen. Das ist übrigens die letzte Ausgabe von MO, die ich betreue. Ich bedanke mich für Ihr Interesse über all die Jahre, für die vielen positiven Rückmeldungen und Ihre Unterstützung durch die zahlreichen Abos und Soli-Abos. Ich wünsche Ihnen auch weiterhin eine spannende Lektüre.

Gunnar Landsgesell, Chefredakteur

# INHALTSVERZEICHNIS



Foto: Sophia Reiterer



Foto: Magdalena Blaszcuk



Foto: Milena Österreicher

## Einstieg

- 2 CARTOON**  
MO und die Klimaproteste.
- 3 EDITORIAL**
- 6 NACHGEFRAGT ...**  
... bei Walter Windischbauer. Wie es gelungen ist, eines der größten Tischtennis-Talente nach einer Abschiebung zurück nach Österreich zu holen.
- 7 HANDLUNGSBEDARF**  
Gefährliche Risse im sozialen Netz.
- 8 SOS MITMENSCH: NEWS**  
Ute-Bock-Preisverleihung / Proteste gegen Rassisten / Anzeige gegen Waldhäusl

## Dossier: Klimakrise - und wir

- 10 „ICH FINDE ES PEINLICH, WIE DIE POLITIK REAGIERT.“**  
Leonie und Johanna, zwei Aktivistinnen der „Letzten Generation“ aus Salzburg im Gespräch.
- 14 „KLIMADIKTATUR“**  
In dem Buch „Klimarassismus“ wird erzählt, wie die Rechten gegen die ökologische Wende kämpfen.
- 16 „HE, REGIERUNG, IHR HABT SO LANGE GESCHLAFEN!“**  
Reinhard Steurer, Professor für Klimapolitik, über seine Unterstützung für die Proteste der Letzten Generation.
- 20 KLIMAPOLITIK BRAUCHT SOZIALES SIGNAL**  
Die Klimakrise ist auch eine eminent soziale Frage.

## Welt

- 22 OTTAKRINGER MARKTSCHAU**  
Wird der Brunnenmarkt für rechten Populismus missbraucht? Ein Lokalausgensein.
- 25 SEENOTRETTUNG IM VISIER?**  
Seenotretter\*innen landen zunehmend wegen abstruser Vorwürfe vor Gericht. Was steht hinter dieser Kriminalisierung?
- 28 UDO LANDBAUER EIN „KELLERNAZI“?**  
Die FPÖ kündigte nach der Angelobung der NÖ-Landesregierung Klagen an.
- 30 „ICH BIN GLÜCKLICH. ICH BIN FREI.“**  
Fatma Akay-Türker (Ex-IGGIÖ) will eine liberale Alternative für muslimische Frauen aufbauen.
- 34 ALEVTINA, ELENA UND DIE ANDEREN**  
Aus der Ukraine sind vorwiegend Frauen geflüchtet, viele mit Kindern. Ein Jahr später ist die Zukunft unklar.
- 38 PERSPEKTIVENWECHSEL**  
Barbara Coudenhove-Kalergi über ihre Fluchterfahrungen.

## Rubriken

- 40 KOLUMNEN**  
*Martin Schenk:* In ferner Nähe  
*Philipp Sonderegger:* Neue Ermittlungsstelle  
*Clara Akinyosoye:* Wer will Quotenmigrant\*in sein?
- 43 MEDIEN**  
Demokratie im Feuer / Radikale Wende / Der Kill-Score / Das Klimabuch von Greta Thunberg / Earth for All / Wie wir die Klimakatastrophe verhindern / Steck mal in meiner Haut / Die Krise der Volkspartei
- 46 ANDERE ÜBER ...**  
*Kommentar:* Michaela Krömer über ihre Klimaklage.



# SOS

## Mitmensch

Holen Sie sich ein  
**SOLI ABO**

Menschenrechte  
stärken,  
Qualitätsjournalismus  
genießen



Einfach Abo bestellen unter:  
[www.sosmitmensch.at](http://www.sosmitmensch.at)

6. Juli –  
14. August

Altes Hallenbad  
& Reichenfeld  
Feldkirch  
Vorarlberg

# 29+1

## Poolbar

Xavier Rudd	An9er
HaiYti	Poolbar ConSTELLation
Danger Dan	Bilal
Peaches	1000Mods
SYmba	Oddisee & Good ComPanY
Gentleman	Lalalar
Gretel HänlYn	Frittenbude
Helge Schneider	Sharktank
Heaven Shall Burn	Digitalism
Kruder & Dorfmeister	Ernst Molden & Der Nino aus Wien
The Black Angels	Porrid9e Radio
The Gardener & The Tree	Dives
Sudan Archives	Benjamin Amaru
+ Sound@V	Fer9e X Fisherman
Sa9 du, Florian	MaYber9
Maschek: SPIN!	Salò
Lex Night	Bleed from Within
Ta9ebuchslam	Rosa Anschutz
+ jede Woche:	Donna Sava9e
Jazzbrunch	Tauchen
PoolQuiz	SPiiff
Open Air Kino	Umme Block
DJ Parade	Filly
+ Skate Contest	Rosi SPEzial
Fußballturnier	Crouch
WorkshoPs	SasQuatch
Märkte	Lizki
+ mehr	Ansa Sauermaann
	Ikan HYU
	le:la
	NENDA & Gilewicz
	Wiener PlanQuadrat



Poolbar.at

Gefördert von Stadt Feldkirch, Land Vorarlberg und BMKOES.Kunst&Kultur.  
Stadt Hohenems (Poolbar Generator), AKM, SKE

## NACHGEFRAGT

# „1:0 für den Humanismus“

Walter Windischbauer, Obmann Stellvertreter des Tischtennisclubs UTTC Salzburg, erzählt, wie es gelang, Huseyn Salimov, eines seiner größten Talente, nach einer Abschiebung wieder nach Österreich zu holen.

INTERVIEW: GUNNAR LANDSGESELL

**Mitte Februar 2022 wurde der 13-jährige Huseyn mit seiner Familie nach Aserbaidschan abgeschoben. Er gilt als großes Tischtennis-Talent, Sie haben ihn über Jahre betreut. Wie ist es gelungen, ihn zurückzuholen?**

Die Umstände der Abschiebung der Familie waren ein Schock für uns alle. Wir haben sofort eine Petition aufgesetzt, die 14.500 Menschen unterschrieben haben. Dann haben wir einen Hilfsfonds gegründet, für den ein paar Tausend Euro zusammenkamen, um einen Anwalt und anfallende Kosten zu bezahlen. Ich selbst bin zwar Jurist, aber auf diesem Gebiet nicht erfahren. Durch den Magistrat der Stadt Salzburg konnten wir in Erfahrung bringen, dass über ein Schülervisum eine Rückkehr möglich sein könnte, falls die formalen Voraussetzungen erfüllt sind. Das war gar nicht so leicht, ich musste eine Haftungserklärung unterschreiben und es gab noch einige andere Hürden mehr. Währenddessen haben wir oft mit Huseyns Mutter telefoniert. Als ich gelesen habe, dass der Rechtsanwalt Wilfried Embacher es geschafft hat, die ebenfalls abgeschobene Schülerin Tina zurückzuholen, habe ich ihn kontak-

tiert.

**War Ihnen bereits klar, dass es nur gelingen könne, den 14-jährigen Huseyn allein nach Österreich zurückzuholen?**

Ja, denn für die Eltern lag nach der Abschiebung ein zwei- oder dreijähriges Einreiseverbot vor. Aus den Stellungnahmen von Frau Griss, die die Kindeswohlkommission geleitet hatte, wusste ich, dass es Teil der Kinderrechte ist, dass man nicht Hals über Kopf aus seinem Umfeld herausgerissen werden kann. Darauf hat auch Embacher nach juristischen Zwischenschritten mit seiner Beschwerde beim Verfassungsgerichtshof aufgebaut.

**Wie haben Sie von der Abschiebung erfahren?**

Ich habe am 12. Februar einen Anruf von Huseyns Vater bekommen: Sechs Polizisten seien vor der Tür, die sagen, sie müssten weg. Ich bin sofort hingefahren, dort haben mir Beamte gesagt, sie haben den Auftrag, die Familie abzuholen und zu einer Niederlassung des Bundesamts für Asyl an der Grenze bringen. Ich konnte nicht viel tun, weil ich kein Rechtsanwalt, sondern



nur ein Freund bin. Ich habe nachgefragt, wie das möglich sei, dass die Familie ausreisen müsse, wenn sie noch nicht einmal einen Bescheid erhalten habe. Dann hat mir ein Polizist einen Bescheid vorgelegt und sinngemäß gemeint, ich könne ihn der Familie ja vorlesen. Ich wollte wissen, ob es wenigstens einen Raum gibt, wo ich das tun kann. Nein, also musste ich das am Parkplatz machen. Das war schon eine schwierige Situation, im Freien stehend, umringt von sechs Polizisten. Aber zumindest für Huseyn ist es doch noch glimpflich ausgegangen.

**Wie geht es Huseyn heute?**

Es geht ihm gut, er ist zurück in seinem vertrauten Umfeld. Er ist wieder in der Schule, spielt extrem viel Tischtennis und baut seine Freundschaften wieder auf. Und er fühlt sich wohl bei der Familie, bei der er jetzt wohnt. Er will später eine Polytechnische oder die Handelsschule machen. Aber das war schon ein hartes Jahr für die Mutter und die Familie, und auch für uns, die wir uns alle um ihn bemüht haben, mit den ganzen Rückschlägen, die man dabei erleben muss.

## HANDLUNGSBEDARF

# Gefährliche Risse im sozialen Netz

Bei der Absicherung von Unternehmen galt für die Bundesregierung das Motto „Koste es, was es wolle“. Bei armutsgefährdeten Menschen wird hingegen nur zögerlich und lückenhaft gehandelt.

TEXT: ALEXANDER POLLAK

**B**ei den staatlichen Hilfen für Betriebe wurde von der Bundesregierung nicht gekleckert, sondern geklotzt. Zig Milliarden Euro wurden in den vergangenen Krisenjahren nach dem Motto „Koste es, was es wolle“ ausgeschüttet, auch an Unternehmen, die in dieser Zeit Gewinne gemacht haben. Der Rechnungshof übte scharfe Kritik und ortete ein „beträchtliches Überförderungspotenzial“. Viel zurückhaltender handelt die Bundesregierung bei der Unterstützung armutsgefährdeter Menschen, die von der Teuerungsdynamik besonders betroffen sind. Damit riskiert die Politik, dass einem Teil der Bevölkerung der Boden unter den Füßen weggezogen wird. Laut Statistik Austria sind derzeit mehr als 200.000 Menschen in Österreich besonders stark von Armut betroffen. Das ist ein Anstieg um 40.000 Personen in nur einem Jahr. Eine Studie der Caritas und von SORA zeigt, was sich im Alltag für immer mehr dieser Armutsbetroffenen finanziell nicht mehr ausgeht: warmes Wohnen, vollwertige Mahlzeiten, intakte Kleidung und der Zugang zu einem Minimum an Mobilität. Darüber hinaus drohen Verschuldung, Abhängigkeit und permanente Angst.

Die Bundesregierung wollte lange Zeit keine Armutskrise erkennen. Sozialminister Johannes Rauch sprach von nur einem „geringen Anstieg der Armut in Österreich“, wiewohl er zugestand, dass „strukturelle Maßnahmen“ notwendig seien, „um insbesondere Arbeitslose und Alleinerziehende vor Armut zu schützen“. Gänzlich abwehrend trat Verfassungsministerin Karoline Edtstadler auf. Auf Twitter hielt sie ein flammendes Plädoyer gegen „mehr Staat“ zur Sicherung von „sozialer Gerechtigkeit“. Sie sprach von Menschen, „für die es sich mehr auszahlt, arbeitslos zu sein und ein bisschen etwas dazuzuverdienen, als normal arbeiten zu gehen“ und sie bezeichnete die „Armut von Kindern in Österreich“ als etwas lediglich „Angeblisches“. Einen „Vollkasko-Staat“, bei dem insbesondere Reiche zahlen, hält sie für „nicht gerecht“. Eine Prioritätensetzung, die Krisenzeiten nur ernst nimmt, wenn es Unternehmen betrifft, aber nicht, wenn es um armutsgefährdete Menschen geht, ist verstörend und gefährlich. Fast schon verzweifelt versuchen Expert\*innen die Regierung zum raschen Handeln zu bewegen. Christoph Badelt, Chef des Fiskalrats, forderte, das Arbeitslosengeld



Illustration: Petja Dimitrova

und die Notstandshilfe zumindest temporär zu erhöhen, um Betroffene durch die Teuerung nicht in existenzielle Nöte zu stürzen. WIFO-Chef Gabriel Felbermayr plädiert für eine temporär gestaffelte Mietpreisbremse. Und der Sozialexperte Martin Schenk fordert eine Abkehr von der unter Türkis-Blau nach oben hin gedeckelten Sozialhilfe, zurück zur abgeschafften Mindestsicherung, die zusätzliche Hilfen in akuten Krisensituationen ermöglicht hat. Nach langem Zögern hat die Regierung nun ein Paket geschnürt, das die Armutsbetroffenheit von Kindern abfangen soll. Bis Ende 2024 wird an Bezieher\*innen von Arbeitslosengeld, Notstandshilfe, Sozialhilfe sowie an geringverdienende Alleinerziehende ein zusätzlicher Betrag von 60 Euro pro Monat ausbezahlt. Der österreichische Sozialstaat gehört noch immer zu den besten der Welt. Das ist ein Hauptgrund, warum Österreich eines der lebenswertesten und sichersten Länder ist. Die Bundesregierung setzt das mit ihrem zögerlichen Handeln und der bei manchen durchklingenden abschätzigen Betrachtung von Armutsbetroffenen fahrlässig aufs Spiel.

## ZIVILCOURAGE

## Ute-Bock-Preis von SOS Mitmensch für IG24 und Queer Base

In einer bewegenden Zeremonie im vollen Wappensaal des Wiener Rathauses ging der diesjährige Ute-Bock-Preis für Zivilcourage von SOS Mitmensch an die Initiativen „IG24“ und „Queer Base“.

Die junge Initiative „IG24“ wurde im Namen der 24-Stunden-Betreuer\*innen ausgezeichnet, die couragiert und unter schwierigsten Bedingungen arbeiten. Die Initiative wurde von Arbeitsmigrant\*innen gegründet, als sich im Zuge der Corona-Krise die prekäre Arbeitssituation durch geschlossene Grenzen, Testpflichten und Quarantänemaßnahmen noch weiter verschlechterte und niemand die Interessen der



Wappensaal im Wiener Rathaus: Die Initiativen „Queer Base“ und „IG24“ erhielten für ihr Engagement den diesjährigen Ute-Bock-Preis für Zivilcourage.

Betreuer\*innen vertrat. „IG24“ bietet Beratung an und fordert vehement besseren arbeitsrechtlichen Schutz und faire Bezahlung ein.

Ebenfalls ausgezeichnet wurde die „Queer Base“ für ihren unermüdlichen Einsatz für die Rechte von geflüchteten Lesben, Schwulen, Bisexuellen sowie Trans- und Interpersonen. Die in Wien ansässige Organisation leistet seit dem Jahr 2015 Beratungsarbeit, unterstützt

Betroffene im Asylverfahren und bei Behördengängen, organisiert Freizeitaktivitäten, organisiert queere Wohngemeinschaften und kämpft für rechtliche und behördliche Verbesserungen.

Die Preisreden hielten Mavie Hörbiger und Doris Schmidauer. Conchita Wurst und Max Koch überreichten die mit insgesamt 5.000 Euro dotierten Preise. Moderiert wurde die Veranstaltung von Zeynep Buyraç.

## RECHTSEXTREMISMUS

## Protest gegen Koalition mit Rassisten

Derzeit vergeht kaum eine Woche, in der nicht Dämme in Richtung Rechtsextremismus, Rassismus und Spaltung brechen. Teile der österreichischen Politik kennen keine roten Linien mehr. Umso wichtiger ist es, dass es laustarken zivilgesellschaftlichen Protest gibt.

Deshalb haben auf Initiative von SOS Mitmensch rund 500 Menschen vor der konstituierenden Sitzung des niederösterreichischen Landtags gegen den Pakt zwischen ÖVP und FPÖ demonstriert. Unter dem Motto „Keine Koalition mit Rassisten!“ wurde gegen die Vergabe



Lautstarker Protest gegen den Schwarz-Blauen Pakt in Niederösterreich

von Machtpositionen an Personen mit Rechtsextremismusknähe protestiert. Die schwarz-blaue Koalition in Niederösterreich ist zwar nicht die erste im Land, aber in punkto Rechtsextremismus wohl die radikalste. Darüber hinaus wurde

der Pakt in einer Zeit geschlossen, in der es auch von Seiten der ÖVP mehrfach Grenzüberschreitungen in Richtung Spaltung gibt, wie etwa durch ein rassistisches Video der Wiener ÖVP, das Stimmung gegen syrische und afghanische Marktstandbetreiber machte.

Auch der erste schwarz-blaue Pakt in Salzburg ist ein Dammbbruch. Für SOS Mitmensch ist klar: Es darf kein Schweigen geben, wenn Rechtsextremisten und Rassisten in Machtpositionen befördert werden. Alle demokratischen Kräfte sind zu einer klaren Haltung aufgerufen!



**KUNST FÜR MENSCHENRECHTE****Online-Benefizauktion  
zeitgenössischer  
Kunst von 20. bis 29.  
Juni 2023**

**B**itte ganz dick im Kalender anstreichen: Von 20. bis 29. Juni 2023 findet die 23. Benefiz-Kunstauktion zugunsten von SOS Mitmensch statt, bei der es wieder heißt: „Zum Ersten, zum Zweiten, zum Dritten – geholfen!“

Unter diesem Motto können mehr als 115 Arbeiten erstklassiger Künstler\*innen, unter ihnen Erwin Bohatsch, Günter Brus, Gunter Damisch, Veronika Dirnhofer, Christian Eisenberger, Peter Kogler, Katrin Plavčák, Arnulf Rainer und viele weitere, für den guten Zweck ersteigert werden. Wir danken allen Künstler\*innen und privaten Sammler\*innen, die uns Werke zur Verfügung gestellt haben, von Herzen! Das Dorotheum startet die Online-Auktion am 20. Juni um 10 Uhr unter [www.dorotheum.com/sos2023](http://www.dorotheum.com/sos2023).

**VERHETZUNGSVERDACHT****Anzeige gegen Landtagspräsident Waldhäusl**

**S**OS Mitmensch hat nach einem Fernsehauftritt des damaligen Landesrats und heutigen niederösterreichischen Landtagspräsidenten Gottfried Waldhäusl Anzeige wegen des dringenden Verdachts der Verhetzung erstattet. Anlass der Anzeige sind Äußerungen Waldhäusls in der oe24 TV-Sendung „Fellner! live“. Waldhäusl sagte unter anderem: „... und das werden dann keine Afghanen sein. Messerstecher werden wir nicht brauchen in Wien, haben wir eh schon genug, oder?“ Für SOS Mitmensch besteht der dringende Verdacht, dass diese Aussage den Verhet-



Christian Eisenberger, Baum, 2022  
© Caio Kauffmann/Andrea Siegl

Die Versteigerung der Kunstwerke läuft bis 29. Juni um 17 Uhr.

Wir freuen uns, wenn Sie die Möglichkeit nutzen, die Werke vorab auch live zu besichtigen. Dies ist am Dienstag, den 27. Juni, von 9 bis 20 Uhr und am Mittwoch, den 28. Juni, von 9 bis 19 in der Aula der Wissenschaften, Wollzeile 27a, 1010 Wien möglich.

Der anschließende Nachverkauf läuft bis 27. Juli. Es besteht der Vorteil der steuerlichen Absetzbarkeit. Bitte fragen Sie dazu Ihre\*n Steuerberater\*in oder Ihr Finanzamt. Alle Details und Werke finden Sie auf unserer Webseite:

[www.sosmitmensch.at](http://www.sosmitmensch.at).

Wir freuen uns auf Ihre Gebote!

zungstatbestand laut § 283 StGB erfüllt. Die pauschale Bezeichnung von Afghanen als „Messerstecher“ stellt für SOS Mitmensch eine Aufstachelung zu Hass dar und ist darüber hinaus auch als kollektive Beschimpfung zu qualifizieren, die geeignet ist, sämtliche Afghanen in der Öffentlichkeit verächtlich zu machen und herabzusetzen.

Die Staatsanwaltschaft Wien wollte aufgrund der Anzeige ein Ermittlungsverfahren starten und beehrte vom Landtag die Aufhebung der Immunität Waldhäusls. Der Landtag muss entscheiden. ÖVP und FPÖ lehnten das ab.

**Bundeskanzler  
schürt Sozialneid  
gegen Geflüchtete**

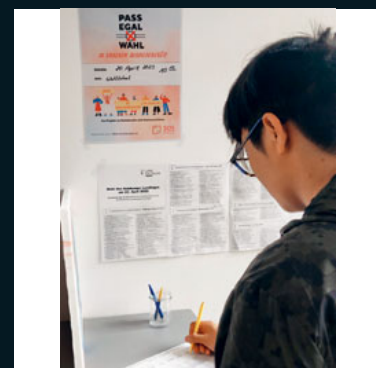
Auf Social Media bezeichnet Kanzler Nehammer jegliche „soziale Zuwendungen“ für Asylsuchende als „ungerecht“ und er fordert die Halbierung der Sozialleistungen für anerkannte Geflüchtete in den ersten fünf Jahren. Darüber hinaus nennt er es „völlig gestört“, dass EU-Bürger\*innen ohne Fluchtstatus erst später Zugang zu Sozialhilfe haben.

**Teuerung  
verschärft  
Existenznöte**

Hilfsorganisationen schlagen Alarm: Durch die massive Teuerung und die fehlende Anpassung von Sozialhilfe und Arbeitslosengeld geraten immer mehr Menschen in Existenznöte. Die bisherigen Maßnahmen der Regierung sind nicht zielgerichtet genug, auch weil es sich vorwiegend um Einmalzahlungen anstatt nachhaltige Anpassungen handelt.

**Pass Egal Wahl  
an Schulen in  
Kärnten und Salzburg**

Erstmals hielten Schulen und Jugendzentren in Kärnten und Salzburg gemeinsam mit SOS Mitmensch Pass Egal Wahlen vor Ort ab. Bei den teilnehmenden Schulen gab es regen Zuspruch. „Die Nicht-Staatsbürger\*innen fühlten sich endlich gesehen!“, berichtet eine von der Wahl begeisterte Lehrkraft. Weitere Infos auf [www.sosmitmensch.at](http://www.sosmitmensch.at).



Pass Egal Wahl an Schulen in Kärnten und Salzburg



Johanna (li.); Leonie: „Es gibt eine Menge von Gruppen und rechter Parteien, die Profit aus der Situation schlagen.“

# „ICH FINDE ES PEINLICH, WIE DIE POLITIK REAGIERT.“

Leonie und Johanna sind zwei junge Aktivistinnen der Letzten Generation in Salzburg, die besorgt darüber sind, dass die Dringlichkeit der Klimakrise noch nicht überall angekommen ist. Im Gespräch erzählen sie über ihr Umfeld, die Rolle der Medien und dass das, was jetzt unbequem ist, lange nicht so schlimm ist wie das, was auf uns zukommt, wenn die Politik nicht handelt.

*Interview und Fotos: Sophia Reiterer*

**Ihr habt die Frage wahrscheinlich schon oft gehört. Trotzdem bin ich neugierig auf eure Antwort. Inwiefern glaubt ihr, dass ihr die letzte Generation seid?**

*Leonie:* Der Name wird oft falsch verstanden. Wir sind nicht die letzte Generation, die es auf der Erde gibt, sondern die letzte, die für die nächsten Generationen sorgen kann. Zurzeit steuern wir einer Zukunft entgegen, in der unsere Kinder und Enkel in einer von Hitze, Dürre und Migrationsbewegungen erschütterten Welt leben. Die nachfolgenden Generationen werden kein so gemütliches Leben wie wir haben. Niemand möchte für seine Kinder oder Enkel eine nichtlebenswerte Welt, da sind sich viele einig. Dass aber Feuer unter dem Dach ist, ist bei vielen noch nicht angekommen.

**Hitzewellen, Dürren, Migrationsbewegungen – ihr habt es bereits angesprochen. Von welchem Zukunftsszenario geht ihr aus? Wie glaubt ihr wird Salzburg in 20 oder 30 Jahren aussehen?**

*Johanna:* Die Wissenschaft einschließlich der Behörden sagt, dass das 1,5-Grad-Ziel nicht mal ansatzweise erreicht wird. Das bedeutet, wir bewegen uns auf eine globale 3-Grad-Erwärmung zu. 3 Grad Celsius global bedeuten 6 bis 8 Grad Erwärmung auf dem Festland. Es wird arge Hitzewellen in Salzburg geben, so wie es sie zum Beispiel schon in Athen gibt. Städte wie Salzburg oder auch Wien sind aber nicht für solche Hitzewellen gebaut. Und das sage ich vor dem Hintergrund, dass wir in den Städten noch sehr privilegiert sind. Es ist aber falsch, hier eurozentrisch zu

denken. Millionen Menschen sterben weltweit jetzt schon, zum Beispiel wegen Ernteausfällen als Folge der Klimakrise.

**Wie reagiert euer direktes Umfeld auf eure Aktionen? Sagen da Leute zum Beispiel, dass das zu gefährlich ist, sich auf die Straße zu kleben? Haben sie Angst, dass ihr in Polizeigewahrsam genommen werdet? Wie geht ihr damit um?**

*Leonie:* Ich habe viel Glück, dass die meisten Menschen in meinem Umfeld meinen Aktivismus bei der Letzten Generation als sehr positiv wahrnehmen. Auch wenn sie die Protestform nicht hundertprozentig unterschreiben, sehen und verstehen sie trotzdem, warum ich mich engagiere und auf das Problem aufmerksam mache.

*Johanna:* Mein Umfeld ist da geteilt, in

beide Extreme. Meine Freund\*innen und Kolleg\*innen, die eh schon Aktivist\*innen sind, finden das total mutig, was ich mache. Meine Familie ist aber sehr stark dagegen, die haben Angst um mich. Die finden das extrem, was ich mache, auch wenn sie teilweise den Grund verstehen. Ich versuche dann, mit Verständnis zu reagieren und mit ihnen zu reden. Ich versuche ihnen zu erklären, dass die Politik nicht richtig mit der Bevölkerung kommuniziert und nicht klar macht, dass wir in einer Notfallsituation sind. Ich habe mich schon angeklebt und ich war auch schon mit der Polizei und dem Strafvollzug in Kontakt. Mir war klar, dass ich mit juristischen Konsequenzen rechnen muss und dass Strafgeld droht. Aktuell sind es rund 1.000 Euro, die auf mich zukommen, wobei das wahrscheinlich noch mehr wird. Aber mit meiner Familie kann ich darüber gar nicht reden. Mein Arbeitsumfeld ist auch ganz schwierig, da gibt es auch wenig Verständnis. Aber ich mache die Aktionen eh nicht, um Sympathie zu bekommen, sondern um unsere Zukunft zu retten. Das, was jetzt unbequem ist, ist nicht so schlimm wie das, was auf uns zukommen wird, wenn die Politik nicht handelt. Das ist der Fokus, den ich habe, um damit umzugehen.

**Euer Aktivismus ist mit Risiken verbunden: Ihr stoßt auf Unverständnis in der Familie und im Umfeld, euch drohen noch höhere Strafgebühren und auch harte Auseinandersetzungen mit Passant\*innen oder auch der Polizei sind nicht aus-**

Folgen der Erderhitzung: Markus Wadsak, Meteorologe und Buchautor („Fakten gegen Fake & Fiction“) twittert über die globalen Szenarien, die uns erwarten könnten. Schon jetzt hat sich die Temperatur weltweit um 1,2 Grad erhöht, in Österreich sogar um zwei Grad. Aber, so Wadsak: Noch haben wir es in der Hand, wohin wir steuern.

**geschlossen. Woher nehmt ihr euren Mut, euch trotz allem zu engagieren?**

*Leonie:* Ich glaube, dass tatsächlich alle Aktionen Ausdruck einer unglaublichen Verzweiflung sind. Das Gefühl, man weiß nicht mehr, was man überhaupt noch machen kann. Ich gehe seit Jahren auf jede Klima-Demo, ich ernähre mich vegan, ich versuche beim Einkauf und bei meinem Konsumverhalten auf alles zu achten. Das ist gut, aber das wird uns nicht retten. Die Politik macht einfach nichts und setzt nicht mal die einfachsten Forderungen um.

*Johanna:* Es gibt Menschen, die nicht in Demokratien leben, wo es unmöglich ist, sich für Klimagerechtigkeit einzusetzen, oder auch Menschen, die es noch schlimmer trifft. Ich lebe in Österreich und kann zivilen Widerstand leisten, ohne mit der Todesstrafe oder erheblicher Polizeigewalt rechnen zu müssen, wie das in anderen Ländern der Fall ist. Ich sehe es deshalb als meine Pflicht, dieses Privileg zu nutzen, um für eine sichere Zukunft für Menschen und Tiere zu kämpfen.

**Warum wird so hart auf Aktiven der Letzten Generation reagiert oder werden solche Forderungen laut? In Bayern wurde bereits eine 30-tägige Präventivhaft für einen Aktivist verhängt, dabei hatte man Präventivhaft in Deutschland eigentlich zur Verhinderung von Terrorismus gesetzlich beschlossen, und nicht für zivilen Widerstand. Ungeachtet dessen bezeichnen bestimmte Medien euren Einsatz sogar als Terrorismus.**

*Johanna:* Man muss ganz stark differenzieren zwischen dem, was Plattformen als Schlagzeile verwenden, und dem, was die Leute denken. Viele Passant\*innen klatschen für uns oder bleiben bei unseren Aktionen stehen. Einmal hat sich eine Passantin sogar zu uns dazugesetzt.

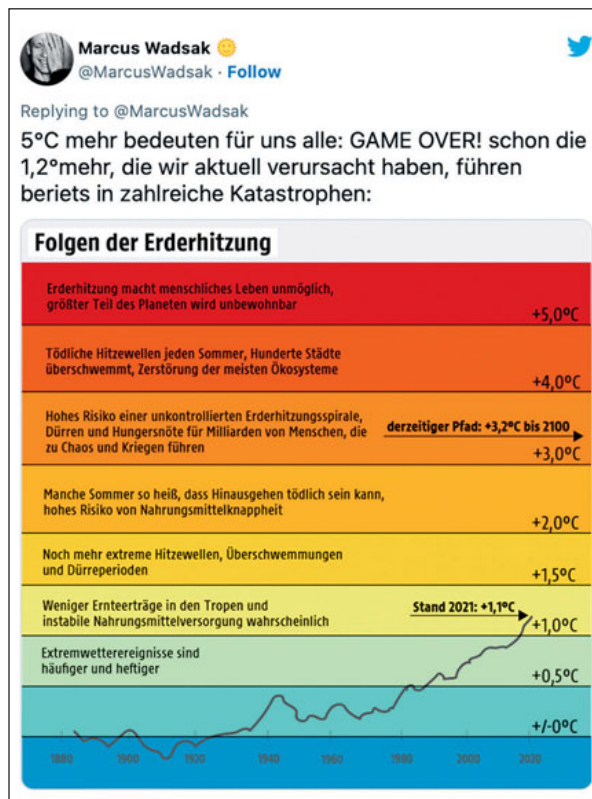
*Leonie:* Vielleicht kann man das auch noch mal genauer einordnen: In Österreich haben wir das Glück, dass das Ankleben nur zu einer Verwaltungsstrafe führt. In Deutschland ist das in manchen Bundesländern anders.

**Geht ihr davon aus, dass das in nächster Zeit verschärft wird?**

*Johanna:* Sollte eine schwarzblaue Regierung kommen, dann kann das sein. Da kann es sogar sehr gut sein, dass die Gesetze kommen, die diese Form des Aktivismus stärker kriminalisieren. Das bestätigt mich aber nur. Je mehr Menschen sich hinter die Letzte Generation stellen, desto weniger haben diese Parteien eine Chance.

*Leonie:* Auch die politisch angeordnete Abschiebung von Anja Windl ist so ein Abschreckungsmanöver. Davon wird es definitiv mehr geben, weil es ungemütlich ist, was wir machen. Das wird man aber sehen.

**Anja Windl ist eine Klimaaktivistin aus Bayern, die in Klagenfurt studiert und sich bei der Letzten Generation enga-**



**giert. Ihr wurde die Ausweisung aus Österreich angedroht. Wie geht es euch, wenn ihr so etwas hört?**

*Johanna:* Da finde ich ganz klare Worte und bin gerne direkt. Ich finde das peinlich und erbärmlich, wie die Politik reagiert. Die setzen lieber politische Repressionen ein, statt die einfachsten Schutzmaßnahmen durchzusetzen. Es kann doch nicht so schwierig sein, Tempo 100 auf der Autobahn durchzusetzen. Es kann doch nicht so schwierig sein, keine neuen Bohrungen durchzuführen. Aktivist\*innen abzuschieben oder einzusperren löst das Problem nicht. Ich schmeiße nicht alle Politiker\*innen in einen Topf, es gibt sicher einige, die um die Dringlichkeit Bescheid wissen, aber blockiert werden und nix tun können.

*Leonie:* Solche Aktionen wie mit Anja Windl, das sind für mich lächerliche Ablenkungsversuche. Das funktioniert ähnlich wie mit einer missgünstigen Berichterstattung – das lenkt vom Thema und von der untätigen Politik ab. Niemand von uns Aktivist\*innen macht das, weil wir sonst nix zu tun haben. Wir tun das, weil wir uns gezwungen fühlen. Die Verantwortlichen für die Situation sind ganz woanders.

**Wie erklärt ihr euch, dass auf politischer Ebene nichts weitergeht? Dass Leute auf Social Media schreiben, dass eure Aktionen sinnlos sind? Die Fakten und Prognosen über die klimatischen Entwicklungen sind doch erdrückend. Hat das auch mit einer zunehmenden Wissenschaftsfeindlichkeit zu tun?**

*Leonie:* Ich habe den Eindruck, dass es für viele Menschen leichter ist, sich alles schönzureden und der Realität nicht ins Auge zu blicken. Denn sonst wird einem angst und bange. Das mag menschlich nachvollziehbar sein. Was ich nicht nachvollziehen kann, ist Hass. Dass wir, die darauf aufmerksam machen, Hass zu spüren bekommen. Da hört auch mein Verständnis und meine Toleranz auf.

*Johanna:* Dem kann ich mich anschließen. Es ist absolut menschlich, dem All-



Johanna: „Ziviler Widerstand funktioniert nur aus der Mitte der Gesellschaft.“ Leonie: „Ich habe den Eindruck, dass es für viele Menschen leichter ist, sich alles schönzureden, sonst kommt die Angst.“

tag nachzugehen und sich nicht mit der Klimakrise auseinanderzusetzen. Viele Menschen haben das Gefühl, dass sie eh nichts ändern können. Was ich schon kritisiere, ist teilweise die Kommunikation seitens der Medien. Es wird immer so getan, als wären wir die Chaos\*innen oder die Extremist\*innen. Auch wenn das nur von bestimmten Plattformen kommt, bleibt das trotzdem in den Köpfen der Menschen hängen. Das muss anders kommuniziert werden, der Fokus sollte darauf gelegt werden, wer die

**„DIE VERANTWORTLICHEN SIND GANZ WOANDERS.“ LEONIE**

Situation zu verantworten hat. Das ist nämlich die Politik, die das Vertrauen der Menschen bekommen hat und der Bevölkerung auch schuldet, das Problem zu lösen.

*Leonie:* Es gibt auch rechte Parteien und Gruppierungen, die Profit aus der Situation schlagen. Sie schaffen das sehr gekonnt, Menschen in ihrer Angst abzuholen und wissenschaftliche Fakten zu leugnen. Wenn man sich auf die Seite stellen kann, auf der es heißt, es gibt nichts zu befürchten, dann passt das alles sehr gut in ein Bild. Das hat dann auch zur Konsequenz, dass sich die Fronten verhärten.

**Österreichweit stellen sich Wissenschaftler\*innen hinter die Proteste der Letzten Generation. Die Unterstützung der Scientists for Future ist euch gewiss. Gibt es noch weitere öffentliche Organisationen, die sich für euch einsetzen? Wie wichtig ist es für euch persönlich und für die Bewegung, dass öffentliche Institutionen hinter euch stehen?**

*Johanna:* Für die Bewegung ist das sehr wichtig. Ziviler Widerstand funktioniert nur aus der Mitte der Gesellschaft. Erst, als alle Menschen verstanden haben, dass Frauen Rechte zustehen, konnten Schritte für die Gleichberechtigung eingeleitet werden. So wird das auch mit der Klimabewegung sein. Erst wenn das Thema in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist, wird die Politik handeln. Das ist so wichtig. Man muss nicht kleben, um uns zu unterstützen – es reicht ein Post, es reicht Zustimmung, es reicht, mit den Medien darüber zu sprechen. So kommt ein Diskurs zustande.

*Leonie:* Organisationen, die uns unterstützen sind unglaublich wichtig, auch für einen persönlich, weil man sich dadurch legitimiert fühlt. Wir sind nicht bloß ein paar Spinner, sondern die Wissenschaft steht hinter uns. Das begreifen die Leute hoffentlich bald!

# „KLIMADIKTATUR“

Im jüngst erschienenen Buch „Klimarassismus“ beschreiben die Autoren, wie rechte Netzwerke die Klimawende torpedieren. Deren Rhetorik ist mittlerweile längst in unsere Diskussionen eingesickert.

**S**eit *Fridays for Future* den Klimawandel als drängendstes Problem der Gegenwart in das öffentliche Bewusstsein gebracht hat, kam es explosionsartig zur Verbreitung von Online-Beiträgen, Videos, Memes und Hashtags, in denen der Klimawandel abgestritten oder bagatellisiert wird. Hass und Häme werden zudem über Klimaaktivist:innen und grüne Politiker:innen ausgeschüttet. Auch Klischees von ökologisch bewusst lebenden Menschen werden lächerlich gemacht – oder sie werden aggressiv angefeindet, bis hin zu Mordfantasien, die oftmals in Form eines „frechen“ Humors gekleidet werden, etwa „Hängt die Grünen, solange es noch Bäume gibt.“ Es wird Stimmung gemacht: Wir gegen die!“

So liest sich eine Passage in „Klimarassismus. Der Kampf der Rechten gegen die ökologische Wende.“ Worauf sich die Autoren Matthias Quent, Christoph Richter und Axel Salheiser hier konkret beziehen, sind rechte Hetzmedien und rechtsextreme Provokateure, die Verschwörungserzählungen und Lügen lancieren, um die Gemüter der Menschen zu erregen und gegen das „System“ zu mobilisieren. Das Prinzip ist ähnlich jenen anderen rechten Agitationsfeldern, wenn es darum geht, gegen Geflüchtete und Asylsuchende zu mobilisieren. Einige Kampfbegriffe begegnen einem mittlerweile auch in der



öffentlichen Diskussion über die Klimakrise: Begriffe wie „Klimadiktatur“, „Wohlstandsvernichtung“, „Öko-Sozialismus“ oder „Klima-Hysterie“ oder die Rede, dass Autofahrer\*innen „enteignet“ würden, sind bereits in den Diskurs eingesickert und werden von verschiedener Seite offenbar dankbar aufgegriffen und weitergetragen. Worum die „Ökodiktatur“ genau bestehen soll, bleibt hingegen unklar. Es geht um Stimmung, nicht um Fakten. Rhetoriken wie diese, die von der Neuen Rechten in Deutschland kommen, finden sich auch in Österreich von rechter Seite.

## Wut wird kanalisiert

Die Klimaerwärmung muss dabei nicht unbedingt geleugnet werden. Gerade anhand von Postings und Kommentaren und neuerdings auch einiger Bücher sieht man, wie sich die Gegenkräfte einer ohnehin unzureichenden Klimapolitik gegen „falsche Maßnahmen“ oder „übertriebene Haltungen“ formieren. Während die Staatengemeinschaft trotz der UN-Klimakonferenzen keine Reduktion der Klimagase schafft und auf eine 3-Grad-Erwärmung mit katastrophalen Auswirkungen zusteuert, vernebeln selbsternannte Expert\*innen den Blick mit hanebüchenen Geschichten. Man erinnere sich an einen ehemaligen FPÖ-Chef, der kalmierte, weil auf Grönland schon früher Wein angebaut worden war. In „Klimarassismus“ beschreiben die Autoren, wie sich rechte gesellschaftliche Strömungen wie diese schon vor Jahrzehnten in den USA bei radikalen Republikaner\*innen, Rechtslibertären und Gruppierungen wie der „Tea Party Bewegung“ aufgebaut haben. Netzwerke wie diese sind thematisch nun auch im Bereich des Klimaschutzes angekommen. Sie kanalisieren die aufgestaute Wut, den Hass und die Demokratieverachtung von Menschen für ihre Zwecke. Aber wer genau soll davon profitieren, dass Menschen Klimamaßnahmen ablehnen? Dieser Punkt ist insofern interessant, als sich hier durch-

aus relevante wirtschaftliche und politische Interessen kreuzen. So heißt es im Buch: „Mit der aufkommenden Energiewende sahen sich die Lobbyist:innen der fossilen Industrie und rechtslibertäre Großunternehmen bedroht und entschieden, sich strategisch gegen den nahenden Bedeutungsverlust und die drohenden Gewinneinbußen zu wappnen. Sie nutzten die zahlreichen rechtskonservativen, libertären und marktradikalen Thinktanks als Ausgangspunkt ihres antiökologischen Feldzuges. Und sie finanzierten eine Fake-Wissenschaft gegen die Erkenntnisse der Klimaforschung ... und streuten trotz besseren Wissens Desinformationen zum Klimawandel. Ziel war es, möglichst viel Zeit zu erkaufen, um weiterhin Gewinne einzustreichen.“ Und weiter: „Amerikanische Forscher:innen konnten nachweisen, dass Ölkonzerne wie ExxonMobil die Öffentlichkeit seit den 1970er-Jahren systematisch über die Umwelt- und Klimaschäden hinweggetäuscht haben und sich dabei in ihrer Kommunikationsstrategie explizit an der Tabakindustrie orientierten.“ Auch wenn die Situation in Deutschland oder Österreich nur bedingt mit der US-amerikanischen vergleichbar ist, zeigen sich Parallelen darin, wie der Klimaschutz auch hierzulande von bestimmten Interessensgruppen blockiert wird. Fossile Industrien, Autolobbys, Autobahnfischisten und Betonierer machen den Menschen dabei weis, dass ihnen durch „linke Öko-Chaot\*innen“ ihr hart erarbeiteter Lebensstil weggenommen würde – kurz: dass sie enteignet würden. Verfechter\*innen einer neoliberalen, globalisierten Wirtschaftsordnung, die einen direkten Zusammenhang mit dem Anstieg der Treibhausgase aufweist, tun sich dabei besonders hervor. Aber auch Politiker\*innen wie ausgerechnet die ÖVP-Jugend-Staatssekretärin, für die die Generationenfrage besonders wichtig sein sollte, machen sich zum Sprachrohr der

Gegner\*innen einer ökologischen Wende. So überreichte Claudia Plakolm „Klimakleber-Opfern“ im Wiener Autoverkehr Sackerl mit Frühstück und fordert eine Präventivhaft für Klima-Aktivist\*innen. Ärger darüber, dass die Politik schon seit Jahren verabsäumt, die Energiewende mit den nötigen Maßnahmen einzuleiten, und kommenden Generationen die Zukunft verbaut, ist von ihr nicht zu hören.

### Neue Hassobjekte

Gegen Windräder formiert sich zunehmend Widerstand. Von der Verschandelung der Landschaft ist die Rede, als wären ästhetische Fragen im Vergleich zu Todeszonen, in die sich ganze Landstriche der Erde im Zuge höherer Temperaturen verwandeln könnten, ein ernsthaftes Argument. Interessant ist, wie sich – etwa laut einer Greenpeace-Recherche im Jahr 2021 – auch Lobbyist\*innen fos-

---

## PROTESTE: AUSGERECHNET JUGEND-STAATSEKRETÄRIN PLAKOLM FORDERT „PRÄVENTIVHAFT“.

---

siler Industrien in Bürgerbewegungen mischen, um für den „richtigen“ Spin zu sorgen. Dafür werden Naturschutzorganisationen auch mit Spenden bedacht. Lobbygruppen wie das Europäische Institut für Klima und Energie (EIKE) spielen eine zunehmend wichtige Rolle. Dort verbinden sich neoliberal-libertäre und nationalistisch-rassistische Kräfte und Denkströmungen, mit dem Ziel eine ökologische Energiewende zu verhindern: Gegründet 2007, wird EIKE unter anderem vom US-amerikanischen Heartland Institute (ein Lobby-Spinoff des libertären Atlas-Netzwerks), der AfD und der Friedrich-Hayek-Gesellschaft finanziert. Am Beispiel von EIKE lässt sich zeigen, wie die Agenda der fossilen Lobby in die Demokratien getragen wird: Einer der Klima-Experten von EIKE ist Steffen Hendrich. Er

ist zugleich Klimareferent der FDP. Mit Hendrichs „Argumenten“ torpediert die FDP derzeit das Gebäudeenergie-Gesetz in Deutschland, das sie selbst in der Koalition mitbeschlossen hat. Die Rhetorik erinnert auch hier an die Rhetorik von rechts: Man wolle die Hausbesitzer „enteignen“, ihnen eine „Ökodiktatur“ aufzwingen und mit dem „Heizhammer“ ihren Wohlstand zerstören. Bemerkenswert ist das, weil die FDP selbst Regierungspartei ist. Die Bild-Zeitung berichtet regelmäßig darüber. Ähnlich tönt die FPÖ in Österreich, derzeit laut Sonntagsumfrage auf Kanzlerkurs. Die Klimapolitik bezeichnete FPÖ-Chef Kickl in einem ZiB-Interview im Jänner als „völlig überbordend“, Klimaaktivist\*innen als „Terroristen“. Und auch in FP-Pressesaussendungen begegnet einem die bekannte Rhetorik: Da ist von der „Degradierung von Autofahrern zu Bürgern zweiter Klasse“ die Rede, von einem „Tabubruch der staatlichen Fahrzeugenteignung“ und einem „grünideologischen Kampf“, und davon, dass „unsere Heimat weiter auf Talfahrt“ geschickt und die Bundesregierung „den Wohlstand zerstören“ würde. (red)

*Der Buchtitel bezieht sich auf die globale Ungleichheit, die es zwischen dem globalen Norden und dem globalen Süden gibt. Während der Norden den überwiegenden Teil der klimaschädlichen Emissionen produziert, hat der Süden überproportional mit den Folgen zu kämpfen. Darin lässt sich eine politisch-wirtschaftliche Konstellation erkennen, in der sich koloniale Verhältnisse fortschreiben. Das ist einer der Aspekte, auf den sich der Begriff „Klimarassismus“ bezieht – auf eine globale Ungerechtigkeit, in der die Ausbeutung von Menschen und Umwelt immer noch einer ganz bestimmten Logik folgt. Ein weiterer ist, als eine Ursache des Klimawandels „Überbevölkerung“ in Afrika oder Asien auszumachen. Der Ruf nach einem Migrationsstopp und nach einer autoritären Gesellschaftsordnung sind Teil dieser Rhetorik.*

# „HE, REGIERUNG, IHR HABT SO LANGE GESCHLAFEN!“

Reinhard Steurer, Professor für Klimapolitik, unterstützt die Proteste der Letzten Generation als berechtigte Verzweiflungstaten und sieht die wahren Chaoten woanders. Der Rechtsstaat zerbrösle, weil die Klimapolitik nicht ausreicht, um die Lebensgrundlage kommender Generationen zu schützen.

*Interview: Gunnar Landsgesell*

*Fotos: Lukas Ilgner*

Die österreichische Universitätenkonferenz (uniko) hat sich im April in einer bemerkenswerten Stellungnahme hinter die Wissenschaftler\*innen gestellt, die Klimaproteste unterstützen. Zudem forderte sie die Bundesregierung auf, die Warnungen der Wissenschaft und des zivilen Protests ernst zu nehmen. Wie ist so ein Appell einzuordnen?

Dass sich die Universitäten hinter ihre Wissenschaftler\*innen stellen, war nicht allzu überraschend, aber doch erfreulich. Dass sie sich im Zuge dessen mit der gesamten Klimabewegung solidarisieren, das hat mich sehr überrascht. Es kommt nicht alle Tage vor, dass sich alle Universitätsleitungen im Land hinter zivilgesellschaftliche Bewegungen stellen,

noch dazu auch hinter solche, die im zivilen Widerstand gezielt Recht brechen, die stören und auch nicht beliebt sind. Das war bemerkenswert.

---

## **DIE LETZTE GENERATION IST SO ETWAS WIE DER LACKMUSTEST FÜR ERNST- HAFTEN KLIMASCHUTZ.**

---

Sie haben initiiert, dass sich Wissenschaftler\*innen im Januar 2023 erstmals hinter die Klimabewegung im zivilen Widerstand gestellt haben. Diese Unterstützung wurde seither mehrfach durch die Präsenz bei einzelnen Straßenaktionen quer durch Öster-

reich wiederholt. Vertraut man Ihnen als Wissenschaftler nun weniger? Kann sein, dass das bei manchen zu einem Vertrauensverlust geführt hat. In erster Linie erlebe ich aber Zuspruch und Unterstützung. Beschimpfungen in Emails hatte ich nach Medienauftritten auch früher schon bekommen. Davon gibt es jetzt vielleicht etwas mehr, das dürfte aber vor allem an der nun stärkeren Medienpräsenz liegen. Wichtig ist aber, dass die Solidarisierung viele Menschen zum Nach- und Umdenken angeregt hat. Genau das war der Sinn der Sache, zu sagen: Die Aktivistinnen und Aktivisten sind nicht verrückt, das sind keine Klima-Chaoten. Die wahren Chaoten sind diejenigen, die das Klima-





Reinhard Steurer: Er initiierte, dass sich Wissenschaftler\*innen im Jänner 2023 erstmals hinter die Klimabewegung im zivilen Widerstand gestellt haben.

Chaos von morgen zu verantworten haben. Die findet man nicht auf der Straße, sondern in Regierungen, auch in Österreich.

**Wenn Sie sagen, dass im Zuge der Aktionen einige Menschen begonnen hätten nachzudenken – wie kommt das? Ein Wissensdefizit über die Kli-**

**maentwicklung kann es wohl kaum geben. Die Medien sind voll von diesen Themen.**

Es ist klar, dass die mangelnde Handlungsbereitschaft nicht auf einem Wissensdefizit basiert, sondern darauf, dass man vieles nicht so genau wissen will. Viele blenden das Thema einfach aus, verdrängen es, verleugnen es, verharmlo-

sen es. In der falschen Hoffnung, dass der Handlungsdruck dadurch nicht so groß ist. Tatsächlich aber verdeutlicht störender Aktivismus, wie ihn die Letzte Generation ausübt, dass der Hut brennt. Denn: Warum sonst würde sich jemand auf eine Fahrbahn kleben? Da gibt es nur zwei Möglichkeiten: Entweder diese Leute spinnen oder unser Kurs ist tatsächlich zum Verzweifeln. Nachdem sich zahlreiche Wissenschaftler\*innen hinter sie gestellt haben, liegt für vernünftig denkende Menschen eigentlich die Einsicht nahe, dass es sich um berechnete Verzweiflungstaten in einer bedrohlichen Situation handelt. Deshalb haben wir uns hinter die Aktivist\*innen gestellt.

**Angesichts dramatischer Klimamodelle sollte man erwarten, dass alle Menschen an einem Strang ziehen. Es gibt aber auch innerhalb der Klimaaktivist\*innen kritische Stimmen. Lena Schilling meinte, die Letzte Generation würde die Gesellschaft spalten.**

Die Spaltung der Gesellschaft ist längst vorhanden. Sie wird durch diese Proteste nur sichtbar gemacht. Die Spaltung verläuft zwischen jenen, die sich scheinbar für Klimaschutz aussprechen, aber nicht bereit sind, es ernsthaft anzugehen, und jenen, die das Problem ernsthaft lösen wollen. Fridays for Future hat Verdrängung teilweise überwunden, aber Ausreden und Scheinklimaschutz konnten sie nicht überwinden. Dafür war ihr Protest zu sanft. Sie wurden von Scheinklimaschützern vereinnahmt. Fast alle haben das nach anfänglichen Diskussionen super gefunden. Mittlerweile ist der Handlungsdruck konkreter und brisanter geworden. Durch störende Proteste sieht man sehr schön, wer es wirklich ernst meint. Man könnte sagen: Die Letzte Generation ist so etwas wie der Lackmestest für die Ernsthaftigkeit im Klimaschutz. Die meisten, die eher auf der Seite des Scheinklima-

schutzes stehen, sagen: Ja, aber doch nicht so! Übrigens: Fridays for Future unterstützt in Österreich diese Protestform mittlerweile ebenfalls, es hat nur etwas gedauert.

**Der Rechtsstaat sieht Handlungsbedarf, allerdings nicht unbedingt in Klimaschutzmaßnahmen, sondern um Proteste einzudämmen. Im Fall von Anja Windl, Aktivistin der Letzten Generation und deutsche Staatsbürgerin, wurde gefordert, sie des Landes zu verweisen. Ist das nicht völlig überschießend?**

Der Rechtsstaat in der Klimakrise wird zunehmend zur Farce, aus Hilflosigkeit. Eine Ausweisung hat laut Jurist\*innen wenig Chance, vollzogen zu werden. Ein zweites lächerliches Beispiel für so eine Farce findet man in München, wo das Kreisverwaltungsreferat ein „Sekundenkleber-Transportverbot“ für bekannte Aktivist\*innen verhängt hat. Einer wurde mit Sekundenkleber erwischt und musste ein paar hundert Euro Strafe bezahlen. Daran sieht man, wie hilflos der Rechtsstaat schön langsam wird. Je mehr protestieren, umso hilfloser wird er.

**Dazu scheint die Forderung der Jugendstaatssekretärin Plakolm zu passen, die mit Hinweis auf Deutschland eine Präventivhaft fordert. Ein Gesetz, das gegen Terrorismus beschlossen, in Bayern aber tatsächlich verhängt wurde.**

Es ist wichtig, den Rechtsbruch der Aktivist\*innen richtig einzuordnen. Er ist verhältnismäßig klein im Vergleich zu dem wirklich großen Rechtsbruch, den Regierungen mittlerweile begehen: Sie sind nicht in der Lage, jene Politik umzusetzen, die das Paris-Abkommen einhalten bzw. das Klima stabilisieren könnte. In Deutschland hat das Verfassungsgericht mit einem aufsehenerregenden Urteil bestätigt, dass die Klimapolitik der Regierung nicht ausreicht, um die Grundrechte junger Menschen und kommender Generationen zu schützen. Die Regierung musste da-



Auf den Punkt gebracht: Nicht Politiker\*innen von heute, sondern die Generation von morgen muss die Folgen der Versäumnisse tragen.

raufhin ihr Klimaschutzgesetz nachbessern. Doch auch diese Regelungen wurden schon wieder abgeschwächt, weil sie schwer einzuhalten sind.

Währenddessen hat der Verfassungsschutz in Deutschland die Letzte Generation beobachtet, um festzustellen, ob sie staatsgefährdend sind. Verfassungsschutzpräsident Haldenwang meinte dann wörtlich sehr pointiert, die Letzte Generation sage im Grunde: „He, Regierung, ihr habt so lange geschlafen, ihr müsst jetzt endlich mal was tun. Also, anders kann man eigentlich gar nicht ausdrücken, wie sehr man dieses System eigentlich respektiert, wenn man die Funktionsträger zum Handeln auffordert.“ Das sind schon bemerkenswerte Entwicklungen. Regierungspolitik läuft langfristig auf einen Bruch von Grundrechten hinaus und Teile der Gesellschaft wehren sich dagegen. Oder anders gesagt: Der Rechtsstaat wird mittlerweile von oben beschädigt und Klimaaktivist\*innen weisen mit kleinen Rechtsbrüchen auf den ganz großen Rechtsbruch hin. Straßenblockaden sind also eine Art Mahnmal für blockierte Klimapolitik. Das eine ist nur ärgerlich, das andere ist tödlich. Wer ist da nun kriminell?

**Wie verhält sich das in Österreich? Die Rechtsanwältin Michaela Krömer (Kommentar in dieser Ausgabe, Anm.) hat vor einigen Wochen eine Klimaklage im Namen von zwölf Jugendlichen auf den Weg gebracht, die die Versäumnisse der Politik morgen treffen werden.**

In Österreich gibt es noch keine Entscheidung. Sollte das so wie in Deutschland ablaufen, dass also die Regierung zu besserer Klimapolitik angehalten wird, diese das Urteil aber nicht angemessen umsetzt, dann könnten wir auch hier den Rechtsstaat zerbröseln sehen. Denn ich sehe im Moment nicht, dass eine Regierung so einem Spruch so folgen würde, dass Emissionen angemessen sinken würden. Das liegt aber nicht allein an der Regierung, sondern auch an der Gesellschaft. Es gibt für angemessene Klimapolitik im Moment keine Mehrheit. Das ist somit nicht nur Regierungsversagen, das ist Gesellschaftsversagen. Wir als Gesellschaft versagen dabei, das Problem angemessen zu lösen. Wir sagen: Klimaschutz ja, aber doch nicht so, auch nicht so – und so auch nicht. Wir verschieben lieber die Lösung, wir warten lieber noch. Auch wenn wir Wissenschaftler\*innen ständig sagen: Ausreden und Scheinklimaschutz werden uns ganz bitter um die Ohren fliegen.

**Wie erklären Sie sich eigentlich den massiven Backlash, den wir gerade erleben? Politische Vereinbarungen werden rückgängig gemacht, man denke an die E-Fuels-Debatte. Erneuerbare wurden in der Vergangenheit kaum ausgebaut, Gewinne der fossilen Branche durch die Politik gesichert. Den Leuten wird das dann als Abwehr einer „Klimadiktatur“ verkauft.**

Das ist zweifellos ein Teil des Regierungsversagens. Wenn man auf Spezialinteressen mehr hört als auf das Gemeinwohl – und mehr Klimaschutz wäre natürlich im Sinne des Gemeinwohls. In der Literatur nennt sich das ‚Regulatory capture‘ – Regierungen

handeln im Interesse von wenigen. Aber das ist nicht die ganze Geschichte. Die Diskussion um Tempo 80/100 zeigt sehr deutlich: Zu sagen, wir scheitern gerade wegen Porsche, RWE und anderen großen Konzernen, während wir als Gesellschaft doch viel mehr wollen, wäre zu einfach. Einer Mehrheit der Gesellschaft ist es ganz recht, dass wir das Problem nicht angemessen angehen. In diesem Sinne vermute ich auch, dass die Mehrheit das verwässerte Verbot für Verbrennungsmotoren gerne gesehen hat.

**Wie würden Sie den Handlungsspielraum einschätzen, den uns unser globales Wirtschaftssystem überhaupt bietet? Ist der Neoliberalismus nicht ein Widerspruch zur Rettung des Klimas?**

Das entscheidende Stichwort ist ‚neoliberal‘. Das ist das Problem. Klima-Verschmutzung, die lange Zeit nahezu unreguliert war und die es in weiten Teilen der Welt nach wie vor ist, wird zu einer immer größeren Bedrohung. Ich glaube nicht, dass es notwendig ist, den Kapitalismus oder die Marktwirtschaft insgesamt abzuschaffen. Abgesehen davon, dass das in der verbleibenden Zeit ohnehin nicht zu schaffen wäre. Dringend nötig und möglich ist es aber, Klimaverschmutzung viel stärker zu regulieren – also Regeln zu formulieren, die für alle gelten. Insofern ist es auch kein Zufall, dass die Klimakrise genau in der Zeit eskaliert ist, in der die Hochblüte des Neoliberalismus stattgefunden hat: seit den 1980er-Jahren. Der Klimanotstand ist eine neoliberale Krise fehlender Regulierungen. Genau deshalb tun sich neoliberale Politiker\*innen und Ökonom\*innen übrigens auch so schwer mit dem Problem.

**Dazu passt China, das als Superemittent bezeichnet wird, mit einem Drittel der weltweiten CO2-Emissionen. Vergisst man dabei nicht, dass von dort viele Produkte für den europäischen Markt produziert bzw. westlich**



R. Steurer: Bisherige Proteste wurden von Scheinklimaschützer\*innen vereinnahmt. Nun ist der Handlungsdruck konkreter geworden.

**che Firmen ihre Produktion dorthin ausgelagert haben?**

Ja, allerdings muss man sich Statistiken umfassend und genau ansehen. Emissionen kann man auch pro Kopf messen. In den offiziellen Statistiken ist China dabei in etwa gleichauf mit europäischen Emissionen pro Person. Im Fall einer konsumbasierten Rechnung, wenn wir also die Emissionen aller aus China importierten Güter uns zurechnen, schneiden wir schon schlechter ab. Dieses Urteil bestätigt eine dritte Zahl noch viel eindrucksvoller, nämlich die historischen Emissionen. Hier liegt der Westen weit über China. In dem Zusammenhang ist auch wichtig, dass diese Emissionen alle noch in der Atmosphäre sind und dass unser Wohlstand darauf aufbaut. Man kann also nicht so tun, als ob China das Problem wäre. Der ständige Verweis auf China ist eine wirksame Ausrede, um so weiterzumachen wie bisher. Mit dieser und vielen anderen Ausreden gefährden wir gerade unsere Zivilisation.

**Noch haben wir es in der Hand, mit welchen klimatischen Verhältnissen es zukünftige Generationen zu tun bekommen. Mit jedem zehnten Grad**

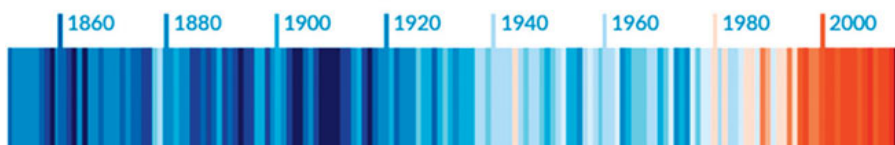
**werden Überschwemmungen, extreme Hitzewellen, Dürren und Hungersnöte wahrscheinlicher und heftiger. Was erwartet uns konkret?**

Grundsätzlich gilt, dass Extremwetterereignisse mit zusätzlichen CO2-Emissionen auch bei uns häufiger und ärger auftreten werden. Deshalb ist es vollkommen unverantwortlich, simple Lösungen wie Tempo 80/100 abzulehnen, weil sie angeblich zu wenig bringen. Fast jede Einzelmaßnahme bringt wenig, aber man erreicht den Gipfel bei einer Bergtour auch nur mit vergleichsweise kleinen Schritten. Weil eine große Mehrheit lieber Ausreden findet, als Lösungen umsetzt, ist das wahrscheinlichste Szenario im Moment, dass wir in Richtung drei Grad globaler Erhitzung gehen. In dem Fall würden rund um den Äquator Todeszonen entstehen, in denen Leben unmöglich wird. Diese Gegenden in Afrika, Indien oder Brasilien wären nicht unbewohnbar, sie wären „unlebar“. Davon wären Milliarden von Menschen betroffen. Aber schon bei 2 Grad Erhitzung geht man von 300 Millionen Klima-Flüchtlingen aus. All das muss aber nicht sein. Noch haben wir die Möglichkeit, diese Horrorszenarien zu vermeiden. Genau deshalb kleben sich zurecht verzweifelte Menschen auf die Straße – und Wissenschaftler\*innen stellen sich hinter sie. Wer das verstanden hat, ärgert sich nicht mehr über Klima-Proteste, sondern über Regierungen, die unsere Zukunft leichtfertig verspielen. Die werden erst dann umsteuern, wenn das eine Mehrheit laut fordert. Dieser Tag wird wohl irgendwann kommen, möglicherweise zu spät.

*Reinhard Steurer ist Professor für Klimapolitik an der Universität für Bodenkultur. Er forscht seit mehr als 25 Jahren zur politischen Dimension der Klimakrise und zu Scheinklimaschutz in allen Bereichen der Gesellschaft. Er ist Mitglied der Scientists4Future und unterstützt die Klimabewegung, weil er sie als Teil der Lösung sieht.*

# KLIMAPOLITIK BRAUCHT SOZIALES AUFBRUCHSSIGNAL

Die Klimakrise ist auch eine eminent soziale Frage – global und national.



Die Klimastreifen („Warming Stripes“) machen optisch den langfristigen Temperaturverlauf sichtbar. Daran zeigt sich, dass wir längst in der Klimakrise angekommen sind. Für sozial schwache Gruppen wird das besonders spürbar.

**L**aut dem „Climate Inequality Report“ verursachen die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung weltweit fast die Hälfte (48 Prozent) der globalen Emissionen. Ob Privatjets oder Luxusgüter – es ist eine Frage des Lebensstils, wie man um ein vielfaches klimaschädlicher lebt als Normalbürger\*innen. Ob man dabei an entstehende Heiß- und Dürrezonen in Afrika denkt oder an Überschwemmungen wie jene in Pakistan 2022, als ein Drittel der Landesfläche unter Wasser stand – die Diskussion über globale Klimagerechtigkeit muss zweifellos geführt werden. Damit stellt sich auch die Frage nach dem Verursacherprinzip: Während die Industrieländer des globalen Nordens einen Großteil der Klimagase emittieren, ist der globale Süden überdurchschnittlich von den Folgen betroffen. Verantwortung trägt letztlich jede\*r, wie der Klimarechner zeigt. Ein kleines Beispiel: Eine einzige Flug-

reise von Wien nach Spanien stößt sechs Mal so viel CO<sub>2</sub> aus wie eine Person in afrikanischen Staaten wie Nigeria, Ghana oder Sudan in einem gesamten Jahr verbraucht. Deshalb ist es zu wenig, zu warten, bis die Regierungen in die Gänge kommen. In Österreich steigen trotz gegenteiliger politischer Absichtserklärungen jedes Jahr die Emissionen. Die Klimaziele bis 2040 sind laut Wissenschaft in weiter Ferne.

## Finanzierung der Klimapolitik

Wie aber könnten nationale und globale Maßnahmen finanziert werden, ohne dass die nationalen Budgets und damit sozial schwache Bevölkerungsteile belastet werden? Dafür sollten die Subventionen für fossile Energieträger, die jährlich rund 500 Milliarden Dollar weltweit betragen, reduziert werden. Der globale Süden könnte wahrscheinlich nicht so schnell reagieren wie die Industrieländer. Ein zentraler He-

bel wäre, Steuerschlupflöcher für besonders hohe Vermögen zu schließen. Mit der Einführung einer Finanztransaktionssteuer und Erbschaftssteuer könnte ein Staatsfonds gespeist werden, dessen Budget zweckgebunden für Klima- und Infrastruktur verwendet wird. Die Idee solcher Zukunftsfonds wurde bereits auf Ebene der G20-Staaten vorgeschlagen, bislang allerdings ohne Erfolg. Keinesfalls sollten die ohnehin schwer verschuldeten Staatshaushalte dafür erhalten oder neue Schulden aufgenommen werden. Die Finanztransaktionssteuer würde eine minimale Mehrwertsteuer im Finanzbereich bedeuten. Ein Vergleich: Wer heute Lebensmittel wie Gemüse, Obst, Mehl oder Fleisch kauft, zahlt zehn Prozent Mehrwertsteuer. Für Bücher beträgt sie fünf Prozent. Wer Aktien oder Anleihen erwirbt oder im Hochfrequenzhandel investiert, zahlt null Steuern. Laut einer Studie des Deutschen Instituts für

Wirtschaftsforschung im Jahr 2015 würden bereits 0,1 Prozent Steuern auf Aktien und Anlagen und 0,01 Prozent im Hochfrequenzhandel jährlich 40 Milliarden Euro an zusätzlichen Steuereinnahmen bringen. Bei einem Alleingang wären das durch die Verlagerung dieser Geschäfte nur noch 14 Milliarden Euro. In Österreich gibt es bislang keine Finanztransaktionssteuer, lediglich eine Kapitalertragssteuer. Auch eine Erbschaftssteuer für hohe Vermögenswerte (also v.a. auch bei größeren Unternehmen) gibt es in Österreich nicht. Die Erbschaftssteuer wurde generell im Jahr 2008 abgeschafft. Das hat auch die soziale Ungleichheit und Konzentration von Vermögen wesentlich verstärkt. Mehr zu diesem Thema in einem absoluten Standardwerk zum Thema: „3 Grad mehr – Ein Blick in die drohende Heizeit und wie uns die Natur helfen kann, sie zu verhindern“, herausgegeben von Klaus Wiegandt, erschienen im Oekom-Verlag 2022.

### Klimasoziale Politik

Eine andere Publikation „Klimasoziale Politik – Eine gerechte und emissionsfreie Gesellschaft gestalten“ beschäftigt sich mit den konkreten sozialen Auswirkungen der Klimakrise auf Österreich. Herausgegeben von der Armutskonferenz, Attac und Beigewum finden sich in einer Reihe höchst lesenswerter Beiträge verschiedene Ansätze, um die Klimawende sozial zu gestalten. Fragen des Wohnens, der Ernährung, der Pflege, der Geschlechtergerechtigkeit und Migrationsthematik, aber auch damit zusammenhängend Fragen nach der Budget-, Steuer- und Industriepolitik werden hier kritisch und sehr übersichtlich angesprochen. Die Lektüre des Buches erinnert daran, dass die Klimakrise noch immer viel zu wenig über soziale Fragen diskutiert wird bzw. nötige Lösungsansätze gemeinsam mit betroffenen Bevölkerungsgruppen angedacht werden. Diesen Anspruch haben mehrere Projekte, die Themen wie diese auf



Laura Allinger, Volkshilfe: Projekte für mehr Klimagerechtigkeit.

einer praktischen Ebene fortsetzen, wie Laura Allinger, Redaktionsmitglied von „Klimasoziale Politik“ erzählt. Sie skizziert drei konkrete Projekte.

### Betroffen von der Klimakrise

Im Rahmen des Projekts „Klimasoziales Linz“, das seit Juni läuft und als praktische Weiterführung des Buches zu sehen ist, soll zwei Jahre lang erhoben werden, was sich zivilgesellschaftliche Akteur\*innen unter dem Begriff „klimasozial“ vorstellen. „Für uns bedeutet das“, erklärt Allinger, „dass Klimapolitik und Sozialpolitik immer gemeinsam gedacht wird. Wenn man Klimapolitik macht, muss man auch Sozialpolitik machen, die für eine Verbesserung unserer Lebensverhältnisse sorgt.“ In einer Kooperation mit der Kunstuniversität Linz sollen Workshops mit diversen Gesellschaftsgruppen wie Armutsbetroffenen und mit Schüler\*innen veranstaltet werden. Lokale Wissensbestände könnten dafür genutzt werden, um herauszufinden, welche klimasozialen Handlungsmöglichkeiten es überhaupt für Linz gibt. Spannend, ob die Stadt am Ende Vorschläge aufgreift und in die Praxis umsetzen wird.

Bereits seit Anfang dieses Jahres erhebt die Volkshilfe mit dem Projekt „Betroffen von der Klimakrise“ in Umfragen, wie sich die klimatischen Veränderungen in unserer Gesellschaft auswirken. Allinger: „Dabei gehen wir auf das

Phänomen ein, dass Armutsbetroffene global aber auch in Österreich am wenigsten zur Klimakrise beitragen, aber zugleich am stärksten von den Folgen betroffen sind. Ziel des Projekts ist es, Kommunikationsformate für armutsbetroffene Menschen im Umgang mit der Klimakrise zu entwickeln und dabei Wissensvermittlung, Empowerment, sowie mehr Wissen zum Thema Klimagerechtigkeit zu generieren.“ Am Ende sollen Workshops und Beteiligungs-Cafés für betroffene Menschen und Expert\*innen einen Austausch ermöglichen.

Ein drittes Projekt – „Konsumkorridore“ – von der Armutskonferenz und dem Ökobüro initiiert, widmet sich den Schritten zu einem verantwortungsvollen und sozial gerechten Ressourcen- und Energieverbrauch. Allinger dazu: „Gemeinsam mit Wissenschaftler\*innen wird überlegt, welche Unter- und Obergrenzen des Konsums unsere Gesellschaft braucht, damit wir einerseits die planetaren Grenzen nicht überschreiten, andererseits ein gutes Leben für alle ermöglichen können. Wichtig ist, die Verantwortung für die nötige Verbrauchsreduktion sozial fair zu verteilen.“ In diesem Fall ist ganz klar die Politik aufgerufen, längst überfällige Schritte zu setzen.

Die Stadt Wien beginnt nun in einem Pilotprojekt um Jahre, wenn nicht Jahrzehnte zu spät, erste Wohnungen auf Erdwärme umzurüsten. Bis sich das 1,5-Grad-Fenster schließt, wird die Umstellung auf emissionsarme Heizungen aber nur für einen kleinen Teil der Gemeindewohnungen möglich sein. (red)



Die Armutskonferenz,  
Attac, Beigewum (Hg.)  
**Klimasoziale Politik.**  
**Eine gerechte und emissionsfreie Gesellschaft gestalten.**  
bahoe books 2021  
256 Seiten, 18 Euro

VITAL UND BUNT

# Ottakringer Marktschau

Ein Video über den Brunnenmarkt erhitzte die Gemüter. Lokalaugenschein auf einem Markt, der die Geschichte und Menschen Wiens widerspiegelt – und auch für politisches Hickhack herhalten muss.

REPORTAGE UND FOTOS: MILENA ÖSTERREICHER

**E**igentlich war das Video eine indirekte Werbung für uns“, meint Ömer Dugan an seinem Marktstand am Brunnenmarkt in Wien Ottakring. Der 33-Jährige beobachtete in den Wochen nachdem der Chef der Wiener ÖVP, Karl Mahrer, im März ein Video über den Brunnenmarkt veröffentlichte, verstärktes Interesse am Markt. In seinem Video über den Brunnenmarkt „einst und heute“ spricht Mah-

**Rechte Codes: ÖVP-Wien-Chef Karl Mahrer behauptet, „Syrier, Afghanen und Araber“ hätten den Markt „übernommen“.**

rer über „Syrier, Afghanen und Araber“, die den Markt übernommen hätten sowie von einem Syrer, der genug Geld habe, um alles aufzukaufen. Chefredakteur Florian Klenk wies im Falter darauf hin, dass Mahrers Worte rechte Codes bedient, wie sie auch die Identitäre Bewegung nutzt. Selbst Justizministerin Alma Zadić bezeichnete Mahrers Aussagen in einer TV-Diskussion von Puls 24 als rassistisch.



Harte Arbeit. Standler Ömer Dugan: Um drei Uhr nachts geht es täglich zum Großmarkt, ab 6.30 Uhr wird verkauft. Über Mahrers Video sagt er: „Eigentlich war es eine indirekte Werbung für uns.“

## Seit jeher gemischt

„Anfangs wollte ich das Video gar nicht sehen“, sagt Thomas Kaider, der eine Fahrradwerkstatt neben dem Brunnenmarkt, am angrenzenden Yppenplatz betreibt. Kaider ist in Ottakring aufgewachsen, ging schon als kleiner Junge mit seinen Eltern am Markt einkaufen und lebt seither in der Nähe. „Als ich vom Video hörte, dachte ich: Was wird hier schon wieder aus unserem Brunnenmarkt gemacht?“, erzählt er.

Der Brunnenmarkt zwischen Thaliastraße und Yppenplatz ist geschichtsträchtig. Mit rund 170 Marktständen und fast einem Kilometer Länge ist er einer der größten ständigen Straßenmärkte Europas. „Verlieren wir nicht unser Wien“, sagt Mahrer in seinem Video. Dieses Wien spiegelt sich in der Geschichte des Marktes wider. Seit seiner Gründung 1786 hat er zahlreiche Transformationen durchlaufen.

Es habe hier nie nur österreichische Standbetreiber\*innen gegeben, sagt Cornelia Dlabaja von der Österreichischen Akademie der Wissenschaften. Dlabaja erforscht seit mehr als fünfzehn Jahren den Wandel des Brunnenmarktes: „Bereits in der Monarchie gab es Standler unterschiedlichster Länder.“

## Stadtgeschichte

Heute wird der Markt als bunte Attraktion beworben, manch einer spricht vom „Orient ums Eck“. Durchschnittlich 80.000 Menschen finden hier wöchentlich Waren von Vorarlberger Käse über türkische Datteln bis hin zu syrischen Falafel, laut Marktamt ist er der meistbesuchte Markt Wiens. Die Nationalitäten der Standler\*innen erhebt das Marktamt nicht, insgesamt seien aber 46 verschiedene vertreten.

Wie es dazu kam? Nach dem Zweiten Weltkrieg verließen viele österreichische Bewohner\*innen das Brunnenviertel, immer mehr Migrant\*innen zogen in



Einer der größten ständigen Straßenmärkte Europas. „Hätte es die migrantischen Standler\*innen nicht gegeben, würde der Markt heute nicht mehr existieren“, vermutet die Stadtforscherin C. Dlabaja.

die teils sehr baufälligen Wohnungen. Zudem fand in den 1970er- und 1980er-Jahren ein Wechsel der Standler\*innen statt. Während zunächst vorwiegend österreichische, polnische und tschechische Besitzer\*innen Stände betrieben, wurden diese nicht mehr von den Kindern übernommen.

„Das lag an der sogenannten Bildungsmobilität und am Arbeitswandel“, erklärt Stadtforscherin Dlabaja. Die junge Nachfolgegeneration hatte ein deutlich höheres Bildungsniveau und war auch

Soziologin Cornelia Dlabaja: Am Brunnenmarkt gab es nie nur österreichische Standler\*innen.



nicht mehr an dem beschwerlichen Arbeitsalltag interessiert. Viele türkische und serbische Betreiber\*innen übernahmen stattdessen. „Hätte es die migrantischen Standler\*innen nicht gegeben, würde der Markt heute nicht mehr existieren“, vermutet Dlabaja.

## Trugschluss

Karl Mahrer scheint sich heute hingegen mehr heimische Landwirt\*innen und Nahversorger\*innen zu wünschen. Dass diese dann jeden Tag auf dem Markt stehen würden, hält Cornelia Dlabaja jedoch für unrealistisch. Am benachbarten Yppenplatz findet samstags der heimische Bauernmarkt statt. Von der Stadtforschung sei bekannt, dass schon seit dem Mittelalter Bauern aufgrund der aufwendigen Arbeitsprozesse ein- bis höchstens zweimal pro Woche mit ihren regionalen Produkten auf einem Markt stehen.

„Wenn sich nun jemand mehr österreichische Marktbetreiber\*innen wünscht, wünsche ich viel Spaß bei der Suche“, sagt die Stadtforscherin. In ihren Untersuchungen zum Brunnenviertel, in dem sie mittlerweile auch selbst lebt, erforschte sie auch den Arbeitsalltag der Standbetreiber\*innen. Den würden sich viele Österreicher\*innen nicht mehr



Brunnenmarkt als Gewalt-Hotspot? Auf einem Video, das Mahrer teilte, war eine Rangelei zu sehen, die er als „Massenschlägerei“ bezeichnete. Die Polizei konnte das nicht bestätigen.

antun wollen. „Ähnliches zeichnet sich ja auch in Bereichen wie der Pflege ab“, ergänzt Dlabaja.

### Marktarbeit

Den Arbeitsalltag kennt Ömer Dugan nur allzu gut. Gegen drei Uhr nachts geht es für ihn jeden Tag zum Großmarkt, die Ware für den kommenden Tag holen. Dann wird hergerichtet und ab 6.30 Uhr verkauft, meist bis sechs Uhr abends. Danach noch weg- und aufgeräumt. Von Montag bis Samstag steht er an seinem Obst- und Gemüsestand. 2015 übernahm er diesen von seinem Vater. 1997 kamen Dugans Eltern aus der Türkei nach Österreich. Zunächst arbeitete Dugans Vater als Fleischhauer in der Landstraße. Danach konnte er sich mit dem Stand am Brunnenmarkt selbstständig machen.

Wenn man mit den Standbetreiber\*innen spricht, hört man teils ähnliche Geschichten: Nach Österreich gekommen, in Hilfsjobs gearbeitet, irgendwann geschafft, einen Stand zu übernehmen, nun wirtschaftlich auf eigenen Beinen stehen, potenzielle Arbeitgeber\*innen sein. Eigentlich genau das, was gemeinhin unter Integration erwartet und gefordert wird.

Dennoch gibt es auch Probleme. Standbetreiber\*innen, die anonym bleiben

möchten, erzählen von schlechter Hygiene in manchen Bereichen. Auf einem kurzen Video, das Karl Mahrer später teilte, ist eine Rangelei auf dem Markt zu sehen, die er als Massenschlägerei bezeichnet. Die Wiener Polizei antwortete auf Twitter: „Natürlich kennen wir das Video und es gab auch einen dbzgl. Notruf. Beim Eintreffen unsere Kolleg\*innen war jedoch niemand mehr anwesend. Weder Täter, noch Zeugen, noch Opfer. Das ist für ‚Massenschlägereien‘ eher untypisch“.

**Im Park am Yppenplatz sollen bis Sommer mehr Lichtquellen installiert und Awareness-Teams eingesetzt werden.**

### Parktreiben

In einer Reaktion auf das erste Brunnenmarkt-Video legte Sabine Keri, ÖVP-Abgeordnete und Obfrau des Vereins Wienerinnen, eine Presseaussendung nach. Darin spricht sie von einer Befragung, in der der Brunnenmarkt als Zone genannt wird, in der sich Frauen nicht mehr sicher fühlen würden. Auf Anfragen des MO-Magazins, um welche Befragung es sich hier handle, wurde bis Redaktionsschluss nicht reagiert. Im Gespräch mit einigen Anwohner\*innen ist jedoch eine Unzufriedenheit

über die Situation im Park am Yppenplatz durchzuhören, der an den Brunnenmarkt anschließt. Auch Thomas Kaider, der seit sechs Jahren seine Fahrradwerkstatt am Yppenplatz betreibt, spricht von Veränderungen. Von seinem Geschäft aus sieht er zum gegenüberliegenden Park, der hinter den hippen Essenslokalen am Platz liegt. Dort beobachtete er in den letzten zwei bis drei Jahren vermehrt Schlägereien zwischen Jugendlichen, manchmal auch ganzen Gruppen, sowie Polizeieinsätze. Er erzählt von Bekannten, die nicht mehr gern mit ihren Kindern auf den Spielplatz im Park gehen würden.

### Angespannte Lage

„Wir sind uns der Situation bewusst“, sagt Ruth Manninger, SPÖ-Bezirksrätin in Ottakring. Sie verweist auf die angespannte Lage für manche Jugendliche nach Jahren der Pandemie und Lockdowns sowie einen Ortswechsel kleinkrimineller Szenen. „Der Park ist ein öffentlicher Raum, der allen konsumfrei zugänglich sein soll, das ist uns als Bezirk wichtig“, sagt die Bezirksrätin. Es dürfe aber klarerweise nicht passieren, dass ein Unsicherheitsgefühl entsteht: „Schon gar nicht für Mädchen und Frauen.“

Awareness-Teams und Sozialarbeiter\*innen der Suchthilfe sind laut Manninger mehrmals wöchentlich tagsüber und nachts in den Ottakringer Parks unterwegs. Im Park am Yppenplatz sollen bis Sommer mehr Lichtquellen installiert, er damit besser ausgeleuchtet werden. „Wir lassen uns aber unser allgemein gutes Zusammenleben nicht durch Videos kaputt machen, die an schlechte Slapstick-Filme erinnern“, ergänzt sie. Fahrradwerkstättenbetreiber Thomas Kaider sah sich schlussendlich doch das Markt-Video von Karl Mahrer an. „Ich finde es absurd, das hat mit den Geschäftsleuten am Brunnenmarkt nichts zu tun“, meint er. Auf den Markt geht er weiterhin gern einkaufen. „Woher die Standler kommen, war mir schon als Kind ziemlich wurscht“, sagt er.



## KRIMINALISIERUNG

# Seenotrettung im Visier?

Seenotretter\*innen stehen wegen Spionage, Menschenhandel, Geldwäsche in EU-Staaten vor Gericht. Amnesty International zeigt sich besorgt über die zunehmende Kriminalisierung von Hilfsverbänden. Was steht hinter diesen Entwicklungen? Für den Menschenrechtsexperten Manfred Nowak steht fest: „Man muss den Menschen die Möglichkeit geben, legal zu flüchten.“

TEXT: ANDREAS BACHMANN

**F**reitag, der 13. Jänner 2023 war für Seán Binder und Sarah Mardini ein glücklicher Tag – oder zumindest kein allzu schlimmer. Die Seenotretter\*innen standen an diesem Tag auf der griechischen Insel Lesbos vor Gericht. Nach vier Jahren der Ermittlungen und Prozesse und mehr als 100 Tagen in Untersuchungshaft für Binder und Mardini entschied das Gericht, das Verfahren wegen Spionage gegen insgesamt 24 Flüchtlingshelfer\*innen einzustellen. Der Grund: Verfahrensfehler. Justizunterlagen seien für die Angeklagten nicht übersetzt und nicht zugänglich gemacht worden.

Doch vorbei ist es für Binder und Mardini noch lange nicht. Noch immer wird gegen sie ermittelt, die Liste der Vorwürfe ist lang: Die griechische Staatsanwaltschaft wirft ihnen Menschenhandel, Geldwäsche, Betrug und die unrechtmäßige Nutzung von Funkfrequenzen vor. Ermittelt wird gegen Binder und Mardini auch noch wegen der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung und Beihilfe zur illegalen Einreise. Wann die Verfahren fortgeführt werden, ist offen. „Wenn es so weitergeht, dauert das noch 50 Jahre“, sagte Binder nach dem vorläufig geplatzten Prozess.



Gerettete Menschen auf der Iuventa, 29.07.2016. Seenotretter\*innen haben im Mittelmeer bis heute zahlreiche Leben gerettet. Heuer ertranken bereits so viele Menschen wie seit 2017 nicht mehr.

„Wir beobachten seit einem Jahr immer schärfere Maßnahmen und Repressionen“, sagt Sophie Scheytt, Expertin für Asylpolitik bei Amnesty International

**„Wir beobachten seit einem Jahr immer schärfere Maßnahmen und Repressionen“, sagt Sophie Scheytt von AI.**

in Deutschland. „Einerseits geht es gegen Geflüchtete selbst, andererseits gegen Menschenrechtsverteidiger\*innen.“ Die Schritte reichen von Einschüchte-

rungsversuchen und Drohungen über strafrechtliche Verfolgung bis hin zu administrativen Beschränkungen. Zudem würden immer neuen Regeln für die Arbeit von NGOs aufgestellt, so Scheytt. Was hier passiert, ist aus ihrer Sicht klar: „Es geht um die Kriminalisierung von Solidarität und darum, Menschen von der Flucht abzuhalten – mit tödlichen Konsequenzen.“

Im heurigen Jahr starben bisher bereits so viele Menschen im Mittelmeer wie seit 2017 nicht mehr: Die International Organisation for Migration (IOM) un-



Sophie Scheytt, Amnesty Deutschland: Neue Gesetze erschweren die Arbeit der NGOs.

ter dem Dach der Vereinten Nationen registrierte bis März dieses Jahres bereits 441 Tote. Die wahre Zahl der Toten auf der gefährlichsten Fluchtroute der Welt ist noch höher. Viele Menschen ertrinken auf hoher See, ohne dass es jemand bemerkt. Amnesty International wirft den EU-Ländern vor, an ihren Außengrenzen Geflüchtete zu schlagen, zu treten, einzusperren und rechtswidrig zurückzuführen.

### Illegale Pushbacks die Regel?

Der Völkerrechts- und Menschenrechtsexperte Manfred Nowak von der Universität Wien beantwortet die Frage, ob die EU-Länder hier elementare Menschenrechte missachten, sofort: „Ja, klar. Das macht Italien immer wieder, auch Spanien und auch Kroatien macht das an seiner Grenze ganz brutal.“ Er verweist auf Urteile des Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte und die Europäische Menschenrechtskonvention. „Wenn ich als Staat Leute ohne Verfahren zurückschicke, wenn ich Pushbacks mache, dann ist das generell verboten“, so Nowak.

Die Organisation Aegean Boat Report dokumentierte Ende März den Fall eines mutmaßlichen Pushbacks in griechischen Gewässern. Ein Flüchtlingsboot mit 59 Personen sei von der griechischen Küstenwache in türkische Gewässer zurückgedrängt worden. Gegen den Norweger Tommy Olsen,



Erik Marquardt, EU-Abgeordneter: Man versucht, ein Exempel zu statuieren.

der den Fall aufarbeitete, ermitteln die griechischen Behörden. Was ihm vorgeworfen wird? „Es geht offenbar darum, dass er Kontakt mit Schleppern hatte und Beihilfe zur illegalen Migration geleistet habe“, sagt Erik Marquardt. Der EU-Abgeordnete von den deutschen Grünen kritisiert seit Jahren, wie die EU-Länder an ihren Außengrenzen mit Geflüchteten umgehen und Seenotretter\*innen kriminalisieren. Je genauer Marquardt den Fall Olsen betrachtet, desto absurder wird es, was dem Aktivisten vorgeworfen wird. „Die Schlepper haben Olsen angerufen und

ihn über Boote informiert, die auf dem Meer sind.“ Olsens Nummer steht auf der Website von Aegean Boat Report, jede\*r kann ihn anrufen. „Dafür kann man ihn schlecht bestrafen“, sagt Marquardt. Und: „Schlepper rufen auch die griechische Seenotrettungsleitstelle an, wenn Boote unterwegs sind.“ Bei Olsen soll strafbar sein, womit griechische Behörden ebenfalls konfrontiert sind.

Auch im Verfahren gegen Binder und Mardini „hat es die Staatsanwaltschaft noch nicht geschafft, ernsthafte Beweise vorzulegen. Da steckt nicht viel dahinter“, ist Marquardt überzeugt. Der Vorwurf der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung etwa beruhe darauf, dass Binder in verschiedenen WhatsApp-Gruppen sei. „Man versucht offenbar, ein Exempel zu statuieren“, sagt Marquardt. Dass die Verfahren so lange dauern und immer mehr davon gegen Binder, Mardini und weitere Seenotretter\*innen eingeleitet werden, habe Gründe: „Die Verfahren werden so lange verschoben, bis es kein öffentliches Interesse mehr daran gibt“, sagt Marquardt. Und je mehr Verfahren angestrengt würden, „desto mehr Leute glauben: Vielleicht ist ja doch etwas im Busch.“

Mission Lifeline, aktiv im Mittelmeer. Die Devise der NGO: Menschen in Seenot zu retten ist nicht nur ein Gebot der Menschlichkeit. Es ist eine Pflicht, die im internationalen Seerecht verankert ist.



## Verschärfte Gesetze

Auch neue Gesetze erschweren die Arbeit von Seenotretter\*innen. Deutschland bringt derzeit eine neue Schiffssicherheitsverordnung auf den Weg. Sie sieht strengere Regeln für Schiffe von Rettungsmissionen vor. Der Verein Resqship in Hamburg berichtete dem NDR von neuen Vorgaben: Ihr 20 Meter langer Motorsegler muss nun aufwendig umgebaut werden. Die Kosten dafür belaufen sich auf rund 100.000 Euro. Ein Betrag, der für den Hilfsverein nicht zu stemmen ist. Die Konsequenz: Das Schiff kann nicht mehr ins Mittelmeer auslaufen. Der Verdacht überzogener Forderungen liegt nahe. „Die Seenotrettung ist seit vielen Jahren unfallfrei“, kommentiert Sophie Scheytt die vermeintlich notwendigen neuen Sicherheitsregeln. Amnesty hat mittlerweile das von der FDP geführte deutsche Verkehrsministerium aufgefordert, die Verordnung nachzubessern, um sicherzustellen, dass sie dem Koalitionsvertrag entspricht und die zivile Seenotrettung nicht behindert.

Dass die neue Regelung Rettungsmissionen erschweren würde, dahinter vermutet Scheytt keinen Zufall. „Ich formuliere es mal so: Der Bundesregierung sind die möglichen Auswirkungen auf die Arbeit von Rettungsorganisationen ganz bewusst.“ In den immer schärferen gesetzlichen Regelungen sieht Scheytt eines der vielen Gesichter der „Kriminalisierung von Solidarität“. Die Diskussionen über die Rolle von NGOs bei der Rettung geflüchteter Menschen im Mittelmeer nimmt sie „generell als verroht wahr“. Aktivist\*innen würden mit populistischen und haltlosen Vorwürfen überzogen. „Kriminalisierung fängt mit Diffamierung an“, so Scheytt. Die griechische Küstenwache sprach jüngst in einem Bericht im Standard von 367 Menschen, die im vergangenen Jahr vor den Küsten des Landes ertrunken seien. In Italien seien es 1.362 Menschen gewesen. Während Griechenland generell keine Rettungsschif-



Sea-Watch: Am 23.7. 2022 rettet die NGO im Mittelmeer von einem Boot 120 Menschen, die in Seenot geraten sind.

fe mehr in seinen Gewässern zulässt, legten in Italien regelmäßig Boote von Seenotretter\*innen an. Die höhere Zahl der Toten dort, sieht Griechenland als Beleg dafür, dass NGOs mit Ihren Rettungsaktionen Menschenleben gefährdeten. Eine These, die aus Sicht von Amnesty International nicht haltbar ist: „Es gibt keinen Zusammenhang zwischen der Zahl der Abfahrten von Schutzsuchenden und der Präsenz von Rettungsschiffen“, sagt Scheytt.

---

**„EU-Länder missachten  
elementare Menschenrechte.  
Aber irgendwann reicht es auch.“  
Manfred Nowak**

---

Das sehe man auch jetzt wieder: „Aufgrund eines neuen italienischen Gesetzes müssen Schiffe der zivilen Seenotrettung nach nur einer Rettung sofort italienische Häfen ansteuern und sind deshalb eine kürzere Zeit im Such- und Rettungsgebiet unterwegs.“ Dennoch steigt die Zahl der Bootsflüchtlinge auf dem Mittelmeer. Das bestätigt auch Marquardt: „Sogar die Rechtspopulisten in Italien merken, dass die Präsenz der Seenotrettung im Mittelmeer keinen Einfluss auf die Abfahrten in Tunesien, Libyen oder Ägypten hat. Es kommen viel mehr Leute, obwohl man jahrelang versucht hat, Seenotrettung zu behindern.“ Nachsatz von Marquardt: „Eu-

ropa müsste sich eigentlich für die letzten Jahre schämen.“

Wissenschaftliche Untersuchungen, etwa der juristischen Fakultät der Universität Oxford oder des European University Institute bei Florenz, kamen zum Schluss: Ob sich mehr oder weniger Flüchtlinge auf den gefährlichen Weg übers Mittelmeer machen, hänge nicht davon ab, ob dort Rettungsschiffe unterwegs sind. „Es ist wissenschaftlich, politisch und moralisch falsch, so zu argumentieren“, sagt Sophie Scheytt. Menschen im Mittelmeer sich selbst zu überlassen, „ist kein Mittel, sie davon abzuhalten, in Boote zu steigen“. Dafür bräuchte es sichere und legale Zugangswege für Schutzsuchende. Seenotrettung sei eine staatliche Pflicht. „Die NGOs springen ein, wo Staaten versagen.“

Die Sprache und Gesetzgebung gegen Geflüchtete und Aktivist\*innen „wird immer unmenschlicher“, sagt Manfred Nowak. „Und jetzt kriminalisieren wir diese Arbeit auch noch, indem wir sagen: Ihr seid eigentlich Mittäter von kriminellen Organisationen.“ Nowak warnt davor, die Schraube noch weiter festzuziehen: „Irgendwann reicht es auch. Denn was soll der nächste Schritt sein?“ Damit weniger Menschen im Mittelmeer ertrinken, brauche es vor allem eines: „Man muss den Menschen die Möglichkeit geben, legal zu flüchten.“

## RECHTSEXTREMISMUS

# Udo Landbauer ein „Kellernazi“?

Die FPÖ kündigte nach der Angelobung der niederösterreichischen Landesregierung Klagen gegen den Begriff „Kellernazi“ an. Doch diese Ankündigung steht auf wackeligen Beinen.

KOMMENTAR: ALEXANDER POLLAK

Die FPÖ Niederösterreich ist aufgrund ihrer Mandatare, die mehr oder weniger fast alle Kellernazis sind, eine ganz spezielle“, sagte der Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde, Oskar Deutsch, wenige Tage vor der Angelobung der niederösterreichischen Landesregierung. Die niederösterreichische FPÖ wies den „Kellernazi“-Vorwurf umgehend zurück, drohte aber nicht mit einer Klage. Erst als Vizekanzler Werner Kogler die FPÖ-Landesgruppe und ihren Obmann Udo Landbauer erneut mit dem Vorwurf, „Kellernazis“ zu sein, in Verbindung brachte, war plötzlich von rechtlichen Schritten die Rede. Landbauer sagte, er finde die „Kellernazi“-Vorwürfe gegen ihn „widerlich“ und er hätte „gute Lust“ dagegen vorzugehen. Doch woher kommt der „Kellernazi“-Begriff überhaupt und wie wahrscheinlich ist es, dass Landbauer tatsächlich rechtliche Schritte ergreifen wird? Der Begriff „Kellernazi“ kursiert schon seit längerem in der österreichischen Politik. Kreiert wurde er überraschenderweise nicht von Gegnern der FPÖ, sondern vom ehemaligen FPÖ-



Die FPÖ Niederösterreich provoziert immer wieder mit extremen Positionen. 2018 konstatierte Landesrat Waldhäusl, es gebe zu viele „Hunde mit Migrationshintergrund“ in Österreich.

Obmann Norbert Steger. Dieser wollte in den 1980er-Jahren die FPÖ von „Kellernazis“ befreien, sprich von Personen, die zwar nicht unbedingt öffentlich nationalsozialistisches Gedankengut vertraten, diesem aber privat nahestanden bzw. ein ambivalentes Verhältnis dazu hatten. Karikaturist Manfred Deix fertigte dazu ein satirisches Bild an, das die

gähnende Leere in der FPÖ zeigt, nachdem Steger alle Nazis aus der Partei hinauskomplimentiert hatte.

## Europäischer Gerichtshof entschied

Im Jahr 1995 griff der Journalist Hans-Henning Scharsach im Magazin „News“ den „Kellernazi“-Begriff auf und wandte ihn auf die FPÖ-Politikerin Barbara



2017 verspottete die FPÖ Landeshauptfrau Mikl-Leitner als „Moslem-Mama“. 2023 ist sie mit der selben Partei eine Regierungskoalition eingegangen.

Rosenkranz an. Sie klagte und Scharlach wurde in Österreich gerichtlich verurteilt. Doch der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hob das Urteil auf, weil es sich, so das Gericht, um ein zulässiges, weil tatsachengestütztes Werturteil gehandelt habe. Im Jahr 2009 richtete der damalige Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde, Ariel Muzicant, die Webseite „Kellernazis in der FPÖ“ ein, auf der eine Reihe an ehemaligen und aktiven FPÖ-Politikern genannt wurden. Die Webseite ist noch immer online.

### Die „alten Werte“

Zurück zu den aktuellen „Kellernazi“-Vorwürfen gegen Udo Landbauer. Was ist über sein Verhältnis zu nationalsozialistischem Gedankengut bekannt? Öffentlich betont Landbauer, dass er „mit antisemitischem und nationalsozialistischem Gedankengut nichts am Hut“ habe. Doch belegt ist, dass Landbauer noch im Jahr 2011 antisemitische Kreise, die mit Holocaustleugnern und Neonazis sympathisiert haben, bejubelt hat. Wörtlich hat Landbauer in einem Schreiben aus Anlass des 60-jährigen Jubiläums der rechtsextremen „Aula“ die „alten Werte“ des zutiefst antisemi-

tischen und rassistischen Magazins gepriesen. Landbauer hat zudem in der „Aula“, also im Umfeld von Neonazisympathisanten, für ein Liederbuch geworben, das laut Rechtsextremismusexperten eindeutiges Nazi-Liedgut enthielt. Darüber hinaus war Landbauer Mitglied der rechtsextremen Burschenschaft „Germania zu Wiener Neustadt“, der ein wüst-antisemitisches Liederbuch mit der Textzeile „Gebt Gas, ihr alten Germanen, wir schaffen die siebte Million“ (in Anspielung auf die 6 Milli-

### Udo Landbauer war Mitglied der rechtsextremen Burschenschaft „Germania zu Wiener Neustadt“.

onen vom Nazi-Regime ermordeten Jüdinnen und Juden) zugeordnet wurde. Landbauer bestritt, dieses Liederbuch gekannt zu haben. Landbauer ist darüber hinaus auch mitverantwortlich für zahlreiche rassistische Kampagnen, die die FPÖ und auch er persönlich in den vergangenen Jahren betrieben haben. Ob Landbauer mit dieser Biografie erfolgreich gegen den Begriff „Kellernazi“ klagen kann, ist wohl mehr als ungewiss. Gut möglich, dass er es, entgegen

seiner Ankündigung, erst gar nicht versuchen wird.

### Tabubruch

Sicher ist, dass Niederösterreichs Landeshauptfrau Mikl-Leitner einen Tabubruch begangen hat, als sie mit Landbauer einen Pakt schloss. Denn Landbauer ist in seiner FPÖ-Landesgruppe kein Einzelfall. Rund um ihn tummeln sich Funktionäre und Mandatäre, die in der Vergangenheit den Hitlergruß gezeigt, sich im Umfeld des Alt-Neonazis Gottfried Küssel bewegt, ein Näheverhältnis zu den radikal rechtsextremen „Identitären“ gepflegt oder rassistische Aussagen getätigt haben. Jetzt sind diese Personen aufgrund der FPÖ-Wahlzugewinne, aber auch und insbesondere aufgrund des Paktes mit der niederösterreichischen ÖVP mit erheblicher politischer Macht ausgestattet.

### Signalwirkung

Die Signalwirkung für andere Bundesländer sowie für die Bundespolitik ist unübersehbar. Inzwischen ist Salzburgs Landeshauptmann Wilfried Haslauer dem Beispiel von Johanna Mikl-Leitner gefolgt und hat erstmals in seinem Bundesland eine Koalition mit der FPÖ geschlossen.

### Proteste aus Kultur

Widerstand gegen die Abkommen mit der extremen Rechten kommt von Kulturschaffenden. Die „Akademie des Österreichischen Films“ hat sich als Reaktion darauf aus Niederösterreich zurückgezogen. Sie besteht aus 550 renommierten Persönlichkeiten der Filmbranche und hat in den vergangenen Jahren u.a. in Schloss Grafenegg den Österreichischen Filmpreis vergeben. Auch die IG Autorinnen Autoren hat bekanntgegeben, bis auf weiteres an keinen Repräsentationsveranstaltungen des Landes Niederösterreich mehr teilzunehmen. Die Zeit zu feiern sei vorbei.

## ALTERNATIVE

# „Ich bin glücklich. Ich bin frei. Das wünsche ich allen Frauen.“

Seit Fatma Akay-Türker vor drei Jahren aus dem Obersten Rat der Islamischen Glaubensgemeinschaft ausgetreten ist, arbeitet sie daran, eine Alternative gegen die patriarchale Ausrichtung der IGGIÖ aufzubauen, wie sie erzählt. Mit ihrem „Verein Muslimische Frauengesellschaft in Österreich“ möchte die Historikerin die Teilhabe von Frauen stärken.

INTERVIEW: ALEXANDER POLLAK, GUNNAR LANDSGESELL  
FOTOS: MAGDALENA BLASZCZUK

**Sie sind vor drei Jahren aus dem Obersten Rat der Islamischen Glaubensgemeinschaft (IGGIÖ) ausgetreten. Aus Protest gegen deren konservative, patriarchale Ausrichtung. Mittlerweile haben Sie ein Buch über Ihre Erfahrungen geschrieben und einen Verein gegründet, der liberale Kräfte in der Community stärken soll. Auf wen zählen Sie, wird das mithilfe einer jungen Generation gelingen?**

Die Jungen, die in Österreich geboren sind, haben hier alle Möglichkeiten, auch solche, die in den Herkunftsländern ihrer Eltern nicht existieren. Sie beherrschen die Sprache sehr gut, sie haben Bildung und trotzdem machen sie konservativ weiter. Aber eine Mehrheit der Muslime ist weltoffen, liberal, ihr Problem ist nur: Sie sind nicht organisiert. Ihre Stimme hört man nicht. Und sie trauen sich auch nicht, sich zu Wort zu melden, weil wenn man kein Kopftuch trägt, ist man schon eine schlechte Muslimin. Oder, je nach Religionsverständnis, sogar gar keine Muslimin mehr. Da wird es schon schwer, sich zu äußern. Ich bin eine der wenigen, die sich zu Wort melden kann, weil ich mich mit der Lehre sehr gut auskenne. Öffentliche Kritik gibt es deshalb nicht,



Fatma Akay-Türker, promovierte Historikerin und Ex-Islamlehrerin, legte nach vielen Jahren das Kopftuch ab. Sie möchte im Einklang mit der islamischen Lehre eine liberale Alternative bieten.

aber in den Milli Görüs-Moscheen wird schon Propaganda gegen mich gemacht, weil sie meinen, dass ich auf einem Irrweg bin.

### **Macht Ihnen das Sorgen?**

Nein, im Gegenteil. Und ich sehe auch eine Verpflichtung bei mir, umso mehr, als ich als Religionslehrerin jahrelang ein traditionelles Islam-Verständnis unterrichtet habe. Eine meiner Schülerinnen hatte mich einmal gefragt: „Frau Professor, ist das Kopftuch für Frauen Pflicht?“ „Natürlich“, habe ich geantwortet – wir kannten ja keine andere Sichtweise. Und die Schülerin weiter: „Ist es für Männer Pflicht, sich traditionell zu kleiden?“ „Nein“, sagte ich. Da meinte sie: „Das ist doch ungerecht.“ Damit hatte sie recht, denn wenn es darum geht, was im Islam erlaubt ist, geht es immer nur um Frauen. Und Männer entscheiden das. Über Männer spricht man gar nicht. Deshalb muss man ganz stark trennen: Was steht tatsächlich im Koran, und was wurde dem von Männern an patriarchalen Auslegungen hinzugefügt.

### **Ihre Kritik an diesen Verhältnissen ist deutlich geworden, haben Sie das Gefühl, sie wird gehört?**

Gehört wird sie schon, aber das ändert nichts. Wenn wir etwas ändern wollen, müssen wir eine Alternative anbieten, deshalb habe ich einen Verein gegründet. Denn man kann den Islam sehr wohl anders auslegen: Es gibt Menschenrechte im Islam, es gibt Gleichberechtigung, es gibt Gerechtigkeit und Demokratie im Islam. Das lässt sich alles mit dem Koran belegen. Deshalb müssen wir eine Alternative anbieten.

### **Hat sich die österreichische Politik bei Ihnen gemeldet, zum Beispiel die Frauenministerin?**

Die Frauenministerin habe ich zum ersten Mal am 17. April bei der Veranstaltung des Ministeriums zum Fastenbrechen gesehen. Ich habe ihr meine Visitenkarte gegeben und gesagt, dass wir



Stichwort Kopftuch: Mit einer Verbotspolitik kommt man nicht weiter.

die Muslimische Frauengesellschaft gegründet haben. Aber sie hat sich bei mir nicht mehr gemeldet.

### **Fühlen Sie sich von der österreichischen Politik gut vertreten?**

Nein, überhaupt nicht. Aber ich finde, man muss immer mit Kritik an der eigenen Person beginnen, dann erst folgt die Kritik an der Gesellschaft, in der man lebt. Ich werde öfters gefragt, warum

### **Man kann den Islam sehr wohl anders auslegen. Es gibt Menschenrechte im Islam, Gleichberechtigung und Demokratie.**

ich immer Muslime kritisiere und nicht Christen oder Juden. Ich habe geantwortet, ich fühle mich für die muslimische Community verantwortlich. Darüber habe ich auch mein Buch geschrieben. Mir ist aber wichtig zu betonen, dass ich meine Kritik an der patriarchal geprägten muslimischen Community nach den Gesichtspunkten der islamischen Lehre verfasst habe. Das ist mir sehr wichtig, weil ich mich nicht von rechter oder rechtsextremer Seite vereinnahmen lassen möchte, während ich Fundamentalismus, Radikalismus und Faschismus in den eigenen Reihen kritisiere. Wir brau-

chen keine Rassisten, die sich als Islamkritiker aufspielen. Die Meinungen, dass der Islam eine frauenfeindliche und gewaltverherrlichende Religion ist, kennen wir zur Genüge.

### **Für Sebastian Kurz war ein wichtiges Thema das Kopftuch: Die ÖVP hatte ein Kopftuchverbot für den Kindergarten, für die Pflichtschule und für Lehrerinnen gefordert. Können Sie dem etwas abgewinnen?**

Ich hatte ihm damals auf Twitter geantwortet: Bisher habt Ihr gesagt, dass Frauen im Islam unterdrückt werden. Sobald aber kopftuchtragende Frauen sichtbar werden, fangt Ihr mit der Diskriminierung an. Ich habe, damals, 2017, geschrieben: Wenn dieses Kopftuchverbot kommt, dann werde ich Österreich verlassen. Ich bin überzeugt davon, dass man mit einer Verbotspolitik nicht weiterkommt. Verbote bewirken vor allem Gegenwind. Es geht nur mit Bildung, mit Aufklärung. Jeder und jede soll selbst entscheiden, wie er oder sie sich anziehen möchte. Meinungs- und Glaubensfreiheit ist in einem demokratischen Rechtsstaat wie Österreich ein hohes Gut. Das muss verteidigt werden.

### **Sie hatten in einem Interview einmal gemeint, die Kopftuchdebatte ginge Ihnen auf die Nerven. Zugleich sagen Sie aber auch, das Kopftuch sei eine hochpolitische Angelegenheit. Ist es dann nicht wichtig, darüber Debatten zu führen?**

Natürlich! Ich meinte nur, ich möchte nicht ausschließlich über das Kopftuch sprechen. Und ich möchte nicht, dass Frauen nur auf das Kopftuch reduziert werden. Die Männer sollen auf sich selbst schauen. Das habe ich auch in meinem Buch geschrieben: Wenn es um Männer geht, dann funktioniert es wunderbar, den Propheten vom 7. Jahrhundert ins 21. Jahrhundert zu projizieren. Aber wenn es um Frauen geht, dann bleibt Aischa (Ehefrau Mohammeds, Anm.) im 7. Jahrhundert. Wenn wir also

vom Islam sprechen, sprechen wir fast immer von männlich geprägter Tradition. Ich habe Männer gefragt: Warum zieht Ihr euch nicht auch wie der Prophet an? Sie sagen: „Es spricht nichts dagegen, dass wir uns in dem Kulturkreis anpassen, wo wir leben.“ Okay! Wenn alle Gebote und Verbote im Islam für beide Geschlechter gleichermaßen gelten, dann sollte nichts dagegensprechen, dass auch die Frauen sich anpassen, noch dazu, wo uns das Kopftuch ganz besonders zur Zielscheibe rassistischer Angriffe macht. Ganz grundsätzlich denke ich, wenn wir ein demokratisches Selbstverständnis und freie Selbstentfaltung ohne Rassismus und Patriarchat erreicht hätten, dann hätten wir solche Debatten nicht nötig, weder in Österreich noch in der muslimischen Community. Deshalb bin ich gegen eine Verbotspolitik. Mit Aufklärung kann man Probleme sehr gut lösen.

**Als Sie Ihre Töchter das erste Mal ohne Kopftuch zur Schule gebracht haben, haben sich diese sehr gefreut. Haben Sie das erwartet?**

Das fand ich erstaunlich, das hatte ich nicht erwartet. Immerhin sind das meine Töchter, die ich erzogen habe. Es gab aber auch noch eine andere interessante Reaktion. Bevor ich für die FM4-Sendung „Hinterzimmer“ ein Interview gegeben habe, meinte meine achtjährige Tochter: „Mama, kannst du sagen, du hast das Kopftuch abgelegt, weil deine Töchter das wollten?“ Mir ist damit klar geworden, dass sie sich auch unter Druck gefühlt hatten. Ihre Mutter war meistens die Einzige, die Kopftuch trug, und war deswegen besonders auffällig. Ich beobachte, dass sowohl konservative als auch säkulare Musliminnen in Österreich nicht glücklich sind. Frauen, die ein Kopftuch tragen, macht es unglücklich, dass sie im Alltag und im Arbeitsleben diskriminiert werden. Säkulare Musliminnen wiederum macht unglücklich, dass ihnen vermittelt wird, sie hätten eine große Schuld auf sich ge-



Wenn es darum geht, was im Islam erlaubt ist, geht es immer nur um Frauen. Und Männer entscheiden darüber.

laden, und dass ihnen das Mitspracherecht in religiösen Angelegenheiten abgesprochen wird. Die Lehre daraus ist: Religion kann nur in Freiheit entstehen. Wenn sich jemand unter Druck fühlt, kann daraus auch kein Glaube entstehen. Das ist das Dilemma, ich habe das selbst 28 Jahre lang in Österreich erlebt.

**Sie selbst sind auf einem Ticket der Türkischen Föderation in den Obersten Rat gewählt worden, das ist eine Vorfeldorganisation der MHP, eine rechtsextreme türkische Partei, auch bekannt als „Graue Wölfe“. Wie sehen Sie das heute?**

Wäre ich politisch nicht so desinteressiert gewesen, hätte ich mich niemals von der Türkischen Föderation in den Obersten Rat der IGGÖ entsenden lassen. Ich bin mit 13 Jahren nach Österreich gekommen und wurde mit 17 Jahren verheiratet. Das heißt aber, dass ich mich in Österreich ganz anders weiterentwickelt und gebildet habe als meine Eltern. Ich habe ab meinem 15. Lebensjahr gearbeitet, später habe ich studiert, habe parallel zu meinem ersten Doktoratsstudium mit meinem zweiten begonnen. Ich habe vier Kinder, habe sie an den Wochenenden öfters zu meinen Eltern gebracht, um durchzulernen. Außerdem war ich ein paar Jahre lang Studienrichtungsvertreterin. Schon deshalb hatte ich nie Zeit, mich auch noch bei

einem Moschee-Verein oder einer politischen Vereinigung zu engagieren. Trotzdem sind über die Jahre viele Leute auch mich aufmerksam geworden. Es hat Angebote von verschiedenen Seiten gegeben, auch aus der Türkei oder aus Deutschland. Aber Politik hat mich nicht interessiert. Mein Credo war: zuerst Bildung. Es sollen die sprechen, die Wissen und Kompetenzen haben.

**Was bedeutet das konkret?**

Ich habe begonnen, mich kritisch und intensiv mit dem Koran auseinanderzusetzen. Selbst auf dem Weg in den Unterricht an Schulen in Mistelbach, in Stockerau oder Bruck an der Leitha habe ich Koranexegesen gehört. Als ich 2018 meine erste Dissertation in der Türkei abgegeben habe, war ich vollkommen erschöpft, total fertig. Am gleichen Tag erhielt ich den Anruf von der Türkischen Föderation, man wolle mich in den Obersten Rat der IGGÖ schicken. Ich hatte zuerst abgelehnt, aber irgendwie erschien es mir doch als Wink des Himmels, dass diese Anfrage genau zu diesem Zeitpunkt kam. Schließlich kommt mit dem Wissen auch Verantwortung. Daher ließ ich mich überreden, als einzige Frau in den Obersten Rat zu gehen. Mit meinem Studium dachte ich, okay, ich kann hier inhaltlich etwas beitragen. Ich erinnere mich, dass ich den Vorsitzenden der IGGÖ, Ümit





Es ist viel Unwissenheit im Spiel, weil der Koran auf Arabisch gelesen wird. Das heißt, viele verstehen die Sätze gar nicht. Sie wissen nicht, was ihnen vermittelt wird.

Vural, vorab auf das Image des Islam angesprochen habe. Ob er interessiert sei, das zu ändern. Als Alibi-Frau stünde ich nicht zur Verfügung. Er stimmte mir zu, aber schon nach wenigen Tagen war davon nichts mehr zu merken. Als ich im Lauf der Zeit zur Überzeugung kam, dass Reformen in der IGGÖ unmöglich sind, bin ich dann gegangen. Seither hatte ich auch keinen Kontakt mehr zur Türkischen Föderation. Schlimm genug, dass jemand seine Stimme erhoben hat. – Aber dass es eine Frau war, können sie noch immer nicht verkraften. Sie hatten mich zuvor nicht gekannt. Ich wurde nicht durch die Türkische Föderation sozialisiert, in meiner Familie war das kein Thema. Ich habe die politischen Hintergründe erst später nach meinem Rücktritt im Rahmen meines weiteren Studiums recherchiert und erkannt, wie naiv ich war. Der Wahlmodus der Mitglieder in den Obersten Rat über Vereine ist jedenfalls ein großes Problem.

**Als Sie als Kind nach Österreich gekommen sind, was hätte Ihnen damals geholfen, schon früher ein kritisches Bewusstsein gegenüber den patriarchalen Verhältnissen zu erlangen?** Ich glaube, wenn sich jemand kritisch geäußert hätte, hätte das bei mir nicht gewirkt. Weil ich schon von Kindheit an sehr gläubig war und weil ich alles, was ich aufgrund meiner Erziehung ge-

macht habe, aus Liebe zu Gott gemacht habe. Da ist natürlich viel Unwissenheit im Spiel, weil der Koran auf Arabisch gelesen wird. Das heißt, viele verstehen die Sätze gar nicht – sie wissen nur, was ihnen darüber vermittelt wird. Mir ging es auch so, selbst als Religionslehrerin. Man muss sich das so vorstellen, dass man ja als gute Muslimin den gesellschaftlichen Anforderungen entsprechen will. Deshalb habe ich auch geglaubt, dass diese ganze konservative Haltung im Sinne Gottes ist. Bis ich den Koran selbst sehr intensiv studiert und mein Doktoratsstudium gemacht habe. Ich hätte sicherlich eine andere Sichtweise des Islam gebraucht, von Leuten, die Muslim\*innen und glaubwürdig sind und Gewicht haben. Das wünsche ich der nächsten Generation: Dass sie die Möglichkeit hat, etwas weiter und freier zu denken.

**Sie suchen für Ihren Verein Mitstreiterinnen. Ist es leicht, Frauen dafür zu begeistern?**

Nein, viele Frauen haben Angst, dass sie diffamiert werden, oder einfach nur, dass sie sich nicht mehr zugehörig fühlen können. Ich glaube, es ist der einzige Weg, eine Alternative anzubieten. Dabei ist aber wichtig, dass man sich nicht angreifbar macht: Ich möchte auch weiterhin auf Basis des Koran mit religiösen Argumenten agieren und eine Erneue-

rung bewirken. Alles andere würde die Tore dafür öffnen, dass man von rechten Populisten vereinnahmt wird, deshalb musste ich auch schon eine Frau aus dem Verein ausschließen. Das Ganze ist leider ein schwieriger Weg. Es geht hier darum, ein gutes Verhältnis innerhalb der Mehrheitsgesellschaft zu finden, ohne sich zu assimilieren. Aber auch mehr Autonomie für Frauen und ein Selbstbild zu finden, das einem zeitgemäßen Verständnis der islamischen Lehre entspricht. Ich habe meine Werte, in bin Österreicherin und gleichzeitig Muslimin. Ich kann sagen: Ich bin glücklich. Ich bin frei. Das wünsche ich allen Frauen.

**Wollen Sie ein Vorbild für Frauen sein?**

Ja, und ich beobachte, wie glücklich die Frauen sind, wenn ich ihnen Argumente liefere, die auf dem Koran basieren. Sowohl konservative als auch säkulare Frauen. Denn ihnen fehlt die Zeit, sich damit tiefgründig auseinanderzusetzen. Mit den Argumenten gewinnen sie an Selbstbewusstsein. Ich zeige ihnen, dass man sich nicht einschüchtern lassen muss. Wenn ein Imam sagt, man habe zu schweigen, dann sollte er das inhaltlich begründen. Wir müssen auf Augenhöhe miteinander sprechen, dafür muss sich einiges ändern.

*Fatma Akay-Türker, geboren 1975 in der Türkei und als Kind nach Österreich gekommen, ist promovierte Historikerin und Doktorandin der Theologie. Sie hat neun Jahre als islamische Religionslehrerin an verschiedenen Schulen unterrichtet. Im Juni 2020 trat sie aus dem Obersten Rat der IGGIO zurück. 2021 erschien ihr Buch „Nur vor Allah werfe ich mich nieder“. 2023 gründete sie den „Verein Muslimische Frauengesellschaft in Österreich“ (MFGÖ) zur Stärkung von Frauenrechten.*



*schien ihr Buch „Nur vor Allah werfe ich mich nieder“. 2023 gründete sie den „Verein Muslimische Frauengesellschaft in Österreich“ (MFGÖ) zur Stärkung von Frauenrechten.* [www.mfgo.at](http://www.mfgo.at)

## PERSPEKTIVEN

# Alevtina, Elena und die anderen

Aus der Ukraine sind vorwiegend Frauen geflüchtet, viele von ihnen mit ihren Kindern. Nach einem Jahr in Österreich stehen sie weiterhin vor der Frage, wie sie ihren neuen Alltag mit Kinderbetreuung, Arbeit sowie leistbarem Wohnen allein meistern können.

PORTRÄT UND FOTOS: MILENA ÖSTERREICHER

**M**it zwei Fingern klopft Elena Volkova gegen die Glasscheibe. „Die Fenster haben gebebt, als die ersten Bomben gefallen sind“, erzählt sie. Knapp 40 Kilometer war ihre Heimatstadt Charkiw von der russischen Grenze entfernt. Die Bomben schlugen am 24. Februar 2022 direkt in Volkovas Hof ein. „Fast noch mehr als die Bomben, bin ich über die Reaktion meiner Kinder erschrocken“, erinnert sich die Ukrainerin, „sie standen total unter Schock.“ Heute sitzt Elena Volkova in einem Café im dritten Wiener Gemeindebezirk. Wenige Tage nach Kriegsbeginn machte sie sich mit ihren beiden Kindern, 9 und 15 Jahre alt, auf den Weg nach Österreich. „Hätte ich die beiden nicht, wäre ich dortgeblieben“, sagt sie.

So wie Elena Volkova sind viele Ukrainerrinnen mit ihren Kindern oder anderen Angehörigen nach Österreich gekommen. Rund 52.000 Ukraine-Vertriebene sind derzeit in Österreich in der Grundversorgung, davon sind 32.000 privat untergebracht. Die Mehrheit der Vertriebenen dürfte Betreuungspflichten haben. Die Migrationsforscherin Judith Kohlenberger befragte mit ihrem Team zwischen März und Juni 2022 mehr als tausend Menschen im offiziellen An-



Rund 52.000 Ukraine-Vertriebene sind derzeit in Österreich in der Grundversorgung, davon sind 32.000 privat untergebracht. Ein Großteil der Geflüchteten ist hochqualifiziert.

kunftszenrum der Stadt Wien. Fast 90 Prozent waren Frauen. Zwei Drittel der Befragten gaben an, Kinder zu haben.

**„In der Ukraine hatte ich ein erfolgreiches Studio, Freunde und Familie. Jetzt bin ich nur noch Mutter.“ Elena Volkova**

## Geldfragen

Auch Alevtina Arzumanian packte wenige Tage nach Kriegsbeginn ihre Sachen. Ihr Mann fuhr sie und die beiden Kinder zur Grenze, danach ging es weiter mit dem Zug. Am dritten März

2022 landeten sie in Wien. Die ersten Monate kam Arzumanian bei einer österreichischen Familie unter. Danach fand sie mithilfe einiger Telegram-Gruppen eine eigene Wohnung. Dort zahlt die Ukrainerin die Betriebskosten, derzeit rund 400 Euro im Monat. Im Rahmen der Grundversorgung bekommt die zweifache Mutter 550 Euro Verpflegungsgeld – 260 Euro für sie selbst, 145 Euro für jedes der minderjährigen Kinder. Die Caritas vergibt 270 Euro Wohnzuschuss.

Zusätzlich arbeitet Arzumanian fünf Stunden pro Woche für den Verein

„Domivka“, der ukrainische Frauen und Kinder unterstützt. 270 Euro bekommt sie dafür monatlich. „Damit kommen wir derzeit über die Runden“, sagt die 34-Jährige. Ab Sommer muss sie jedoch Miete für die Wohnung zahlen, wie viel weiß sie noch nicht. Viele private Unterkunftgeber\*innen rechnen nicht damit, dass ihre Wohnungen so lange benötigt würden. Eigenbedarf und steigende Energiekosten lassen die Zahl der Privatunterkünfte schwinden. „Wir nehmen bereits den verstärkten Trend von privaten zu organisierten Quartieren wahr“, bestätigt Christoph Riedl, Asyl- und Integrationsexperte der Diakonie.

### Plötzlich Alleinerzieherin

Eine Wohnung auf dem privaten Wohnungsmarkt können sich viele nicht (mehr) leisten. Besonders Mütter mit Kindern, die durch den Angriffskrieg gegen die Ukraine unfreiwillig zu Alleinerzieherinnen in einem fremden Land wurden, können dort kaum einer Vollzeitbeschäftigung nachgehen. Sie sind auf sich allein gestellt. Ein Netz-

Alevtina Arzumianian flüchtete im März 2022 mit ihren beiden Kindern nach Wien. Derzeit kommt sie mit Grundversorgung und kleinem Job über die Runden. Ab Sommer fällt Miete für die Wohnung an.



Elena Volkova besitzt zwei Uni-Abschlüsse. In der Ukraine hatte sie ein eigenes Tanzstudio. Doch die Sprache und Anerkennung ihrer Diplome erschweren die Jobsuche.

werk aus Familie und Freund\*innen, das einspringen kann, fehlt in den meisten Fällen.

In Judith Kohlenbergers Erhebung im vergangenen Jahr gab rund die Hälfte der befragten Frauen mit Kindern an, nur Teilzeit arbeiten zu wollen. Das bestätigt auch Alevtina Arzumianian: „Wenn du ganz allein mit deinen Kindern hier bist, hast du weder Zeit, zu arbeiten noch dich irgendwann von allem

zu erholen.“ In den Ferien, wie heuer zu Ostern, ist es besonders schwierig: „Da heißt es dann alleine Non-stop Kinderbetreuung.“

### Hochqualifizierte Mütter

Dabei hat die 34-Jährige gegenüber vielen ihrer Landsleute bei der Jobsuche einen Vorteil: Die Landessprache stellt die studierte Deutschlehrerin vor keine Probleme. Ein Großteil der geflüchteten Ukrainer\*innen in Österreich ist hochqualifiziert. 80 Prozent der Ukrainer\*innen gaben laut Kohlenbergers Untersuchung an, einen Universitätsabschluss zu haben – jede zweite davon einen Masterabschluss oder ein Doktorat. Doch die Sprache, die Anerkennung der Diplome und die ungewisse Aufenthaltsdauer erschweren die Jobsuche.

Auch Elena Volkova besitzt zwei Uni-Abschlüsse: Tanzpädagogik und Internationale Beziehungen. In der Ukraine führte die Choreografin ein eigenes Tanzstudio für zeitgenössischen Tanz. Viele ihrer ehemaligen Schützlinge tanzen heute auf internationalen Bühnen, etwa in Polen oder Frankreich. „Ich habe in der Ukraine ein erfolgreiches Studio geführt, meine Liebe zum Beruf gemacht, hatte viele Freunde, Familie

und ein schönes Leben“, sagt Volkova, „jetzt bin ich ‚nur‘ noch Mutter.“ Immer wieder drängen sich feine Tränen hervor, wenn sie über ihr altes Leben spricht. Zwischendurch wischt sie über ihr Handy, zeigt Fotos ihrer Kinder und Videos der Auftritte ihrer Tanzkompanien.

Wien gefalle ihr sehr gut, die Menschen seien freundlich und hilfsbereit. Mittlerweile unterrichtet Elena Volkova drei Stunden pro Woche ukrainische Kinder in einer Tanzschule in Wien Favoriten. Sie habe viel mehr Anfragen von Kindern und auch von Müttern, die gern tanzen würden. Doch ihr fehlt ein Raum zum Unterrichten. Ob sie ihre Zukunft in Österreich sieht? „Ich weiß es noch nicht“, sagt die Choreografin, „für meine Kinder wäre es wohl das Beste.“

### Zukunft ungewiss

Die Ungewissheit ist eines der Themen, mit dem Ukrainer\*innen zu Natalia Kyriukhina kommen. Die Psychologin, die selbst erst im Frühjahr vergangenen Jahres nach Österreich gekommen ist, betreute seit Mai 2022 rund 80 Menschen. Für den Verein T.I.W. arbeitet sie 20 Stunden wöchentlich, er ermöglicht Ukrainer\*innen kostenlose psychologische Betreuung. „Für die Kinder ist besonders die Schulsituation schwierig“, berichtet Khyriukhina. Neue Sprache, neue Regeln, eine andere Mentalität. Zudem besuchen viele der Kinder vormittags eine österreichische Schule, nachmittags nehmen sie online am Unterricht in der Ukraine teil.

Die Erwachsenen kommen mit verschiedenen Problemen zur Psychologin: traumatische Erfahrungen, emotionale Belastung aufgrund der Distanz zu Partner\*innen, Freund\*innen und Familie, Schuldgefühle, die Heimat verlassen zu haben, Probleme mit der Wohnsituation und Jobsuche. „Die Ungewissheit, wie es für sie in Österreich weitergehen wird, belastet fast alle“, sagt Kyriukhina.



Natalia Kyriukhina ist Psychologin, sie kam im Frühling 2022 nach Österreich. Seither betreute sie für den Verein T.I.W. rund 80 Menschen.

### Perspektive auf Zeit

Vertriebene Ukrainer\*innen haben gemäß der EU-Massenzustrom-Richtlinie weiterhin temporären Schutz in Österreich. Zuletzt wurde dieser bis März 2024 verlängert. Er sichert Reisefrei-

### Es ist schwierig, mit ungewissem Aufenthalt Mietverträge einzugehen oder Ausbildungen zu starten. Christoph Riedl, Diakonie

heit innerhalb der EU und Grundversorgungsleistungen, wie Verpflegungsgeld, Unterkunft in einem organisierten Quartier oder Geldleistungen für privat untergebrachte Personen. Doch die zeitliche Befristung birgt Probleme. „Es ist schwierig, Mietverträge einzugehen oder Ausbildungen zu starten“, sagt Christoph Riedl von der Diakonie. Auch Arbeitgeber\*innen würden zögern, jemanden einzustellen, dessen Aufenthalt nicht dauerhaft gesichert ist. Die EU-Massenzustrom-Richtlinie könnte ein weiteres Mal verlängert werden, dann wäre der Maximalzeitraum von drei Jahren ausgereizt. Die Diakonie forderte daher im Februar ein eigenes

„Ukrainer\*innen-Gesetz“. Ähnlich wurde es in den 1990er-Jahren bereits mit Vertriebenen aus Bosnien gehandhabt. „Die Geflüchteten aus der Ukraine sind eine besonders vulnerable Gruppe: Es sind vorwiegend Frauen, viele haben Betreuungspflichten, wir sehen auch einige Menschen mit Krankheiten oder Behinderungen“, führt Asylexperte Riedl aus. Solange sie allerdings in der Grundversorgung sind, hätten sie keinen Anspruch auf Sozialhilfeleistungen. „So viele tausend Menschen in der Grundversorgung unterzubringen, war am Anfang die einzig praktikable Lösung“, sagt er. Doch ein Jahr später sei diese Unterbringungsform nicht mehr passend. Denn die Grundversorgung sei eigentlich für Asylwerber\*innen in der Zeit ihres Verfahrens gedacht und erschwert die Jobsuche, etwa durch die damit verbundene Zuverdienstgrenze. Diese Grenze wurde nun in den meisten Bundesländern für Ukrainer\*innen angehoben, sodass von jedem Euro, der über einen Freibetrag von 110 Euro hinausgeht, 35 Cent bei den Beschäftigten verbleiben.

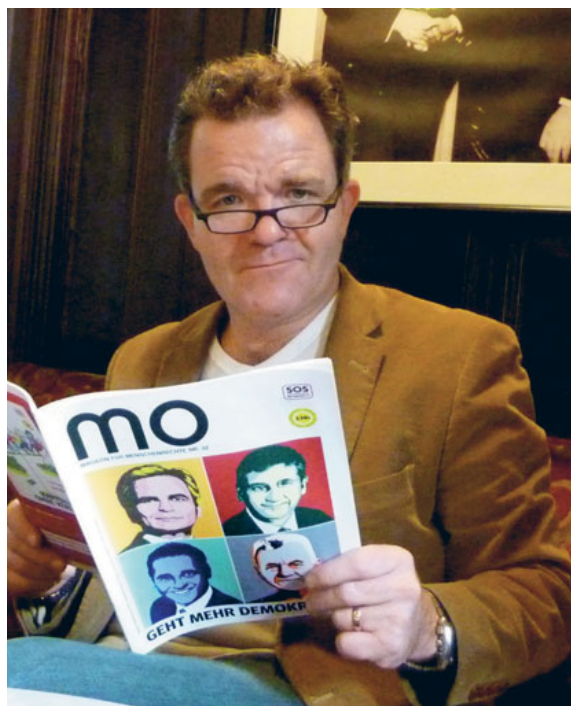
### Statusänderung

Idealerweise sollten Ukrainer\*innen einen Status ähnlich dem von anerkannten Flüchtlingen bekommen, meint Christoph Riedl. Damit hätten sie auch Anspruch auf Sozialhilfe. Rechtlich wäre es möglich, allen Ukrainer\*innen, die zu einem gewissen Stichtag in Österreich waren, automatisch den Flüchtlingsstatus zuzusprechen. „Wenn 60.000 Asylverfahren geführt werden müssten, wäre das ein unheimlicher Verwaltungsaufwand, das kostet zu viel Zeit“, so Riedl.

Diese Zeit sowie Gewissheit und Ressourcen brauchen Ukrainerinnen wie Alevtina oder Elena jedoch, um sich hierzulande ein Leben mit Perspektiven aufzubauen. Auch für die Zukunft ihrer Kinder, die womöglich in Österreich liegt.

**„Menschenrechte gehen  
uns alle an. Mir ist die  
unabhängige Aufbereitung  
von Menschenrechts-  
themen im MO-Magazin  
von SOS Mitmensch  
86 Euro im Jahr wert.  
Ihnen auch?“**

**Cornelius Obonya**



### ABO-BESTELLUNG

- MO – Soliabo - 4x jährlich MO lesen um 86 Euro**

### ZAHLUNGSART

- Einziehungsermächtigung (Einzug 1x jährlich)

IBAN

BIC

Vorname, Name

e-mail

- Zahlschein

### LIEFERADRESSE

Vorname, Name

Adresse

PLZ | Stadt

e-mail

**E-Mail** abo@momagazin.at

**Fax** 01/524 99 00-9

**Post** SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2, A-1070 Wien

**SOS**  
30 Jahre  
**Mitmensch**

**MO – Die Menschenrechte  
im Auge behalten!**

## PERSPEKTIVENWECHSEL

# Als ich Flüchtling war

In dieser Reihe erinnern sich bekannte Persönlichkeiten an ihre eigene Flucht. Wir wollen das Thema aus einer anderen Perspektive neu beleuchten. Den Beginn macht die Journalistin und Buchautorin Barbara Coudenhove-Kalergi, die 1945 als Kind mit ihren Eltern aus Böhmen vertrieben wurde.

TEXT: BARBARA COUDENHOVE-KALERGI



Mit 13 Jahren wurde Barbara Coudenhove-Kalergi aus ihrer Heimatstadt Prag vertrieben. An die Flucht und das Ankommen in Österreich hat sie noch sehr genaue Erinnerungen.

**M**ai 1945. Ich bin dreizehn Jahre alt und mit meinen Eltern und meinem siebenjährigen jüngsten Bruder auf dem Weg von Böhmen nach Österreich. Wir sind als Deutschsprachige (keine Deutschen, keine Tschechen, sondern, wie der Philosoph Bernard Brentano sagte, als „Böhmen deutscher Zunge“) aus Prag vertrieben worden. Wir haben eine Zeit im Flüchtlingslager hinter uns und einen wochenlangen Fußmarsch durch Bayern. Wir haben nichts als die Klei-

der, die wir am Leibe haben, sind erschöpft und ramponiert. Wir sehen aus wie Bettler und Landstreicher und das sind wir auch. Als wir die Grenze nach Österreich überschritten haben – „Go along“ hatte ein amerikanischer Besatzungssoldat gesagt und mit dem Daumen Richtung Freilassing gezeigt – ist meine Mutter am Ende ihrer Kräfte angekommen.

Mein Vater läutet auf gut Glück an der Tür einer schönbrunnergelben Villa. Eine ältere Dame macht auf. Und sagt,

mit unverkennbar baltischem Akzent: Kommen Sie herein, Sie sind willkommen! Diesen Satz und diesen Augenblick habe ich nie vergessen. Es war der Eintrittsmoment in ein neues Land, in ein neues Leben und eine Art gutes Omen für alles, was später kam. Wir durften in jenem gastlichen Haus damals duschen und ausruhen und bekamen etwas zu essen, bevor wir wieder weiterzogen. Flüchtlinge und Migranten – ein Wort, das damals noch nicht gebraucht wurde – gab es in den Jahren nach dem Welt-

krieg in Österreich im Überfluss. Eine wahre Völkerwanderung bewegte sich durch Europa. Vertriebene, Geflüchtete, ehemalige Soldaten, ehemalige KZ-Häftlinge. Sie alle hatten nichts, die meisten waren traumatisiert – auch ein Wort, das noch unbekannt war – und lebten von dem, was mildtätige Einheimische ihnen gaben. Auch diese hatten nach sechs Jahren Krieg nicht viel, aber die Hilfsbereitschaft war trotzdem groß.

Wie ging es uns in jenen Jahren? Was war ähnlich, was war anders als heute, als wieder viele Menschen aus anderen Ländern in Österreich Zuflucht gesucht haben und suchen? Meine Familie und ich hatten Glück. Wir waren Deutschsprachige, wir galten nicht als Fremde und hatten nicht mit der Ablehnung zu kämpfen, die heute Zuwanderern und Migrant\*innen aus anderen Kulturen entgegenschlägt. Aber Einheimische, wirkliche, „echte“, Österreicher waren wir trotzdem nicht.

Wir lebten in jenen ersten Monaten in einem Jagdhaus im salzburgischen Lungau, das meinem Großvater gehörte. Ich ging in die Hauptschule in der Bezirkshauptstadt Tamsweg, wohnte unter der Woche bei Bekannten und stapfte am Freitagnachmittag 18 Kilometer zu Fuß nachhause und am Sonntag wieder 18 Kilometer zurück nach Tamsweg. Eine andere Welt als die gewohnte in meiner heißgeliebten Heimatstadt Prag. Ich erinnere mich, dass ich damals eine heftige Abneigung gegen alles entwickelte, was mit Bergen, Natur, Alpenheimat zu tun hatte, alles Dinge, die in der Schule eifrig propagiert wurden. Ich fühlte mich als Stadtkind und hasste aus voller Seele Edelweiß und Enzian, Jodler und Lederhosen und sogar die unschuldigen Kühe, die auf den Wiesen weideten. Heute noch sehe ich mich auf einer Weide stehen und laut rufen: blöde Kühe, blöde Kühe. Es war meine Art, das Heimweh zu bekämpfen, das mich heftig erfasst hatte, über das man aber bei uns zuhause nicht jammern und klagen durfte. Unsere Vertreibung, sag-

te mein Vater, sei eine Folge des „Laufes der Geschichte“. Durch die Geschichte sei man seinerzeit in das Land Böhmen gekommen, durch die Geschichte hatte man es auch wieder verlassen müssen.

### **Bald die österreichische Staatsbürgerschaft**

Anders als die heutigen Zuwanderer hatten wir damals relativ bald die österreichische Staatsbürgerschaft bekommen, mein Vater und meine älteren Brüder, inzwischen heil aus dem Krieg zurückgekommen, durften sofort arbeiten. Ich denke mit Schaudern daran, was aus ihnen und aus uns allen geworden wäre, wenn wir, wie die meisten Migrant\*innen heute, jahrelang beschäftigungslos in endlosen Asylverfahren festgesteckt wären. Leicht möglich, dass die halbwüchsigen Burschen in der Kriminalität gelandet wären.

---

### **Wir galten nicht als Fremde und hatten nicht mit der Ablehnung zu kämpfen, die heute Zuwanderern entgegenschlägt.**

---

Ich, inzwischen der Hauptschule entwachsen, bekam einen Freiplatz in einem Salzburger Klosterinternat und durfte in der Landeshauptstadt ins Gymnasium gehen. In jener Schulklasse war ich nicht das einzige Migrant\*innenkind. Da waren Risa und Magda, die mit ihren Familien aus Ungarn geflüchtet waren, Hanna aus Slowenien und das „Bombenkind“ Gilli aus Wien, ein Grüppchen, das zwischen den eingesessenen Salzburger Bürgermädchen eine Insel bildete. Wir waren ärmer als die Einheimischen, trugen abgelegte Klamotten aus irgendwelchen Spendenaktionen und hatten Schwierigkeiten, in der stark lokalpatriotisch geprägten Atmosphäre jener Jahre unsere eigene Identität zu finden.

Unmittelbar nach dem Ende der Nazizeit herrschte in den Schulen die ungeschriebene Übereinkunft: Wir sind unschuldige Österreicher, mit dem Na-

tionalsozialismus haben wir nichts zu tun, daran sind allein die Deutschen schuld. Folgerichtig wurde über die unmittelbare Vergangenheit nicht geredet, dafür umso mehr über Heimatliebe und Brauchtum. Mit Inbrunst wurde die Salzburger Landeshymne gesungen: „Land unserer Väter, lass jubelnd dich grüßen“. Salzburg, das Land unserer Väter? Es hat gedauert, bis ich gelernt hatte, mich in der neuen Heimat Österreich zuhause zu fühlen, ohne die eigenen Wurzeln zu verleugnen. Ein Lernprozess, an dessen Ende die Erkenntnis stand: Es ist ok, nicht nur eine Heimat zu haben, sondern deren mehrere. Heute nennt man diesen Prozess Integration. Die Migrant\*innen, die in den letzten Jahren aus weiter entfernten Ländern – meist unfreiwillig – hierhergekommen sind, haben es schwerer als wir damals. Vielfach wird von ihnen verlangt, dass sie von heute auf morgen „echte Österreicher\*innen“ werden, „deren Herz nicht woanders ist“, wie die Integrationsministerin sagt. Viele nehmen es den Zuwandererkindern übel, wenn sie zuhause oder auf dem Schulhof in ihrer Muttersprache reden.

Heute unterrichte ich als nunmehr „einheimische“ Österreicherin Migrant\*innen in der deutschen Sprache. Eingedenk meiner eigenen Erfahrungen versuche ich, ihnen beim schwierigen Prozess der Integration in einem neuen Land zu helfen. Das Ziel: Eine neue Heimat zu finden, ohne die alte vergessen zu müssen.

*Barbara Coudenhove-Kalergi, 1932 in Prag geboren, arbeitete als Journalistin bei mehreren Tageszeitungen und berichtete später für den ORF in zahlreichen Reportagen aus Osteuropa. Für ihre Arbeit wurde sie vielfach ausgezeichnet. Publikationen u.a.: Meine Wurzeln sind anderswo. Österreichische Identitäten (Czernin Verlag, 2002); Die Benes-Dekrete (Ko-Hrsg., Czernin Verlag, 2002); Zuhause ist überall. Erinnerungen (Zsolnay Verlag, 2013).*

## POPULÄR GESEHEN

## In ferner Nähe

Als Wien noch Wien war. Die völkisch Nationalen argumentieren heute genauso wie damals, wenn sie die Nahen zu Fernen machen.

EINE KOLUMNE VON MARTIN SCHENK  
Illustration: Petja Dimitrova

Die Vertschechung der Stadt käme einem Kulturrückschritt gleich ... Die Straßen Wiens werden durch tschechischen Pöbel unsicher gemacht.“ So heißt es am 16. Jänner 1909 im Alldeutschen Tagblatt, dem Organ der Deutschnationalen. Die Tschechenfeindlichkeit war weit verbreitet, mit besonderer Inbrunst aber beschworen sie jene ideologischen Vorgänger des Nationalsozialismus, die auch die Idee des Arierparagraphen das erste Mal in die Welt setzten. Dahinter verbirgt sich die Vorstellung von kultureller Reinheit; die Sehnsucht nach einer homogenen Bevölkerung, die bereits als irgendwann einmal vorhanden phantasiert wird. Als Wien noch Wien war. Die völkisch Nationalen und kulturellen Identitätspolitiker\*innen argumentieren jetzt und haben damals genauso argumentiert. Dass die Tschechen die „ganz anderen“ sind, „kulturell zu verschieden“, „schwer bildungsmäßig integrierbar“. Das erscheint uns heute als komisch. Das kann man doch nicht vergleichen, die Tschechen sind ja unsrige, kulturell, religiös und überhaupt. Die Beispiele von Tschechenfeindlichkeit aus 1900 beschreiben aber etwas anderes:



Martin Schenk ist Sozialexperte der Diakonie Österreich.

Das Phänomen, dass auch die Nahen zu Fernen gemacht werden, wenn es kulturalistische Identitätspolitiken wollen. Das passierte konkret jetzt den Mädchen aus der Schule in Favoriten. Oder den Marktstaplern in Ottakring. Obwohl sie in Wien aufgewachsen sind, werden sie zu Fremden geredet. So spricht man über die anderen immer als Andersartige, macht Zugewanderte fremder, als sie sind, und Hiesige heimischer, als sie es je waren. Doch wer als „Ausländer“ definiert wird, ändert sich beständig. Vor hundert Jahren waren Arbeiter\*innen und ihre Kinder aus Tschechien „die Ausländer“. Besonders beklagte man sich über ihre mangelnde Anpassung, ihre Rückständigkeit, die „dreckigen“ Wohnverhältnisse und ihre Herkunft aus der Landwirtschaft („Bauerntölpel“). Als Wien auch schon Wien war.

## POLIZEIKOLUMNE

## Neue Ermittlungsstelle

Die Wirksamkeit künftiger Ermittlungen wegen Polizeigewalt wird auch von Staatsanwaltschaft und Zivilgesellschaft abhängen.

POLIZEIKOLUMNE - PHILIPP SONDEREGGER  
BEOBACHTET DIE STAATSGEWALT.  
Illustration: Petja Dimitrova

Es hat gedauert und noch ist das Gesetz nicht verabschiedet. Die Regierung hat ihre Pläne für die Einrichtung einer „unabhängigen Beschwerde- und Ermittlungsstelle“ bei vermuteter Polizeigewalt präsentiert. Wenn alles planmäßig verläuft, kann die Stelle noch vor dem Sommer beschlossen und bis Ende des Jahres eingerichtet werden.

Die Reaktionen sind erwartbar kritisch ausgefallen. Bereits während der Verhandlungen ist klar geworden, dass die neue Einheit im Bundesamt für Korruptionsbekämpfung angesiedelt werden soll. Sie ist damit außerhalb der Sicherheitsdirektion, aber doch dem Innenminister weisungsunterstellt. Er ist das oberste Organ, politisch verantwortlich. Damit ermittelt auch künftig der Minister gegen sich selbst. Eine solche Konstruktion garantiert weder unabhängige noch wirksame Ermittlungen und entspricht auch nicht den völkerrechtlichen Verpflichtungen. Dennoch könnte künftig gründlicher und konsequenter gegen Misshandlungen vorgegangen werden. Dafür werden insbesondere zwei Stellenschrauben maßgeblich sein. Erstens: Wird das Justizministerium mitzie-



## CLARTEXT



Philipp Sonderegger ist Menschenrechtler, lebt in Wien und bloggt auf phsblog.at.

hen und das Momentum für Verbesserungen auf Seiten der Staatsanwaltschaft nutzen? Schließlich war die Ankläger\*innen-Seite schon bislang „Herrin des Verfahrens“ und kann laschen Ermittler\*innen Beine machen. Zweitens: Mit dem geplanten Expert\*innen-Beirat wird eine Art zivile Aufsicht eingerichtet – wenn auch nur zu einem Teil von NGOs beschickt. Der Beirat mischt sich nicht in laufende Ermittlungen ein. Er soll aber Zugang zu allen erforderlichen Informationen erhalten, um öffentlich Empfehlungen zur strukturellen Verbesserung der Ermittlungsarbeit abzugeben. Bei aller Skepsis gegenüber der Wandelbarkeit des Polizeiapparates, wäre es aber doch möglich, dass die Auseinandersetzung durch eine Innen- und Außensicht im Beirat die Fronten aufweicht und Entscheider\*innen für wichtige Veränderungen empfänglicher macht. Das entbindet die Zivilgesellschaft natürlich nicht von der Pflicht, auch notwendige Kritik zu üben und unbeliebte Maßnahmen einzufordern. Aber der Beirat öffnet einen zusätzlichen Weg, die Qualität der Ermittlungen zu beeinflussen. Wie erfolgreich, wird man sehen.

## Wer will Quotenmigrant\*in sein?

Unternehmen müssen sich um Diversität bemühen – die Quote hilft. Doch Quotenmigrant\*in zu sein, ist nicht so einfach.

CLARA AKINYOYOYE SAGT ES NICHT DURCH DIE BLUME. EINE KOLUMNE ÜBER DIVERSITÄT UND MIGRATION. Illustration: Petja Dimitrova



Clara Akinyosoye ist Journalistin bei orf.at und Ex-Chefredakteurin von M-Media.

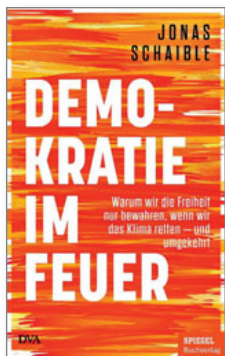
Unlängst habe ich an ein Gespräch mit einem Journalisten gedacht. Wir, zwei Journalist:innen mit Migrationshintergrund, sprachen über eine Migrant\*innenquote für Medien. Sie ist das effektivste Instrument, um mehr Diversität in Unternehmen zu fördern. Er sagte mir, er wolle nie einen Job annehmen, den er aufgrund einer Quote bekommen würde. Er wolle nicht auf einem, nennen wir es „Migrantenticket“ in eine Redaktion einziehen, sondern einzig und allein wegen seiner Qualifikation als Journalist. Emotional konnte ich das zu 100 Prozent nachvollziehen. Wer möchte einen Job bekommen, weil die eigenen Eltern vor 30 oder 40 Jahren aus der Türkei, aus Bosnien oder aus Nigeria nach Österreich eingewandert sind? Aber falsch ist der Zugang meiner Ansicht nach dennoch. Denn es ist nicht entweder oder, sondern sowohl als auch. Wegen seiner Qualifikation und weil er Migrationshintergrund hat, könne er für eine Redaktion besonders interessant sein, sagte ich. Ich werde hin und wieder gefragt, ob es mich nicht störe, dass ich „nur“ wegen der Quote für eine Podiumsdiskussion, eine Keynote-Speech, eine

Moderation oder Ähnliches angefragt würde.

Was mich wirklich stört, ist die Annahme, dass ich einen Auftrag nur wegen meiner Hautfarbe bekomme und nicht etwa, weil ich eloquent, kompetent und erfahren bin. Der Wunsch und das Bestreben, eine Diskussionsrunde, eine TV-Sendung, eine Redaktion diverser aufzustellen, hat zwangsläufig zur Folge, dass man gezielt nach kompetenten Menschen sucht, die eben nicht aus der Mehrheitsgesellschaft kommen. Das ist ja erstrebenswert. Wenn ich einmal tatsächlich, wie unlängst zum ersten Mal passiert, zu einem Podium eingeladen werde, wo sich mir meine Kompetenz für das zu diskutierende Thema auch nach langem Nachdenken nicht erschließt, sage ich ab. Die Quote soll kompetenten Menschen – etwa mit Migrationshintergrund und Frauen – helfen, in Bereiche vorzudringen, in denen sie unterrepräsentiert sind. Kompetenz ist auch hier die Voraussetzung. Vergessen wir das bitte nicht.

# POPULÄRKULTUR

## BUCH



### Demokratie im Feuer

Die Klimakrise nicht primär in ihrer ökologischen Dimension betrachtet, sondern als Frage formuliert, unter welchen Bedingungen eigentlich eine erfolgreiche „Rettung“ unseres Pla-

neten erfolgen kann. Autor Jonas Schaible, ein junger, kluger Politikwissenschaftler, zeigt im Buch auf, dass es allein demokratische Prozesse sind, die jene Freiheit und jenen Konsens ermöglichen, die es braucht, um gemeinsam die vielleicht größte Herausforderung der Menschheit zu bewältigen. Konsequenterweise spricht Schaible deshalb auch von einer Klimademokratie, die Probleme lösen kann. Anders als Diktaturen, die naturgemäß Entscheidungen nicht auf Basis des Volkswillens treffen. Interessant, dass Schaible China als „Sonderfall“ bezeichnet, weil Peking we-

niger über die Mechanismen der Repression zu verstehen sei, sondern vielmehr über seine „Hyperrationalität“, in der „eiskalte Berechnung und Vernunft“ die Richtung vorgeben. Das klingt widersprüchlich, denn wie Schaible selbst einräumt, wurde China in Fragen Klimaschutz nur punktuell aktiv. Das unterscheidet China freilich kaum von westlichen Staaten. Immer noch werden etwa fossile Brennstoffe weltweit mit rund 6 Billionen Dollar jährlich subventioniert, anstatt längst erneuerbare Energieträger auszubauen. Immer wieder nimmt der (Spiegel-) Autor solche größeren Zu-

sammenhänge zum Anlass, um sich auf nationaler politischer Ebene (in Deutschland) anzusehen, wie bestimmte Entscheidungen durch die Politik zustande gekommen sind. Und auch dieses Buch kommt nicht umhin, schleunigst „radikalen Klimaschutz“ einzufordern. Sonst ist es zu spät. Für den Planeten. Und für unsere liberalen Demokratien sowieso. (red)

Jonas Schaible

**Demokratie im Feuer. Warum wir die Freiheit nur bewahren, wenn wir das Klima retten – und umgekehrt**

Deutsche Verlags-Anstalt (DVA) 2023  
304 Seiten, 23,50 Euro

## BUCH



### Radikale Wende

Lena Schilling wurde als Gründerin des Jugendrats und Sprecherin der Lobau-Bleibt-Bewegung, die die Proteste gegen die so ge-

nannte Stadtstraße und den Lobautunnel organisiert hatten, bekannt. Im Buch erzählt sie sehr persönlich, was sie selbst motiviert und dass sie Teil einer Generation und vor allem Teil einer Entwicklung ist, die nicht nur sie, sondern tausende andere Jugendliche mobilisiert und auf die Straße getrieben haben. Während der Buchtitel Kompromisslosigkeit signalisiert, hat Schillings Appell, eine Welt gewinnen zu können, eine motivierende, inklusive Haltung. Dieses Spannungsfeld spielt auch bei den Protestformen eine entscheidende

Rolle. Wie lässt sich eine Bewegung aufbauen und stärken, die von der Gesellschaft angenommen wird und zugleich möglichst kompromisslos mit der gebotenen Dringlichkeit agiert. Das ist eine der Fragen, die Schilling auch im Buch umtreibt. Auch wenn sie die Letzte Generation als kontraproduktiv kritisiert hatte, zeigt sich in ihrer Sprache und ihren Argumenten, dass sich hinter ihrem Engagement die gleiche Haltung verbirgt. Die Überzeugung, dass das, was uns erwartet, schlimmer ist, als wir es uns vorstellen kön-

nen (das sagen auch viele Wissenschaftler\*innen), führt zu einem geradezu verzweifelten Willen, die Bevölkerung und Politik doch noch von raschen Maßnahmen zu überzeugen. In einem Beitrag lässt Schilling auch Johannes Stangl, Mitbegründer der Fridays for Future zu Wort kommen. Ein Buch, das aus einer tiefen Emotion entstanden ist. (red)

Lena Schilling

**Radikale Wende. Weil wir eine Welt zu gewinnen haben**

Amalthea Signum Verlag 2022  
208 Seiten, 23 Euro (Taschenbuch)

# POPULÄRKULTUR

## BUCH



### Das Klimabuch

Das gut 500 Seiten dicke Buch ist ein Handbuch und löst seinen offensichtlichen Anspruch, das Mammutthema Klimawandel in allen seinen Aspekten ab-

zudecken, auch ein. Es sind 85 kurze Texte, die sich in fünf Kapiteln wiederfinden: „Wie das Klima funktioniert“, „Wie unser Planet verändert wird“, „Die Folgen für uns“, „Was wir dagegen unternommen haben“ und, abschließend, „Was wir jetzt tun müssen“. Der Klimaaktivistin Greta Thunberg ist es gelungen, für jeden der 85 Beiträge herausragende Wissenschaftler\*innen im jeweiligen Fachgebiet zu gewinnen. Der Physiker Stefan Rahmsdorf erklärt die Rolle der Ozeane für das Klimasystem der Erde, die Professorin für Klimasystemanalyse Ri-

cardo Winkelmann erläutert die Bedeutung von Eis und Gletschern. Im Buch werden verschiedene Szenarien einer heißeren Welt durchgespielt und erklärt: Warum kommt es vermehrt zu Dürren und Überschwemmungen? Warum sind die höheren Temperaturen bereits für sich genommen ein Problem? Das Buch geht davon aus, dass sich die Temperaturerhöhung noch auf 1,5 Grad beschränken lässt – sofern auf der Stelle etwas getan wird. Was genau getan werden muss, wird breit behandelt – es geht um Renaturierung ebenso wie um Entnahmetechnologien

(die etwas unkritisch besprochen werden) und auch um die Rolle der Änderung des Lebensstils. Was sich durch das Buch wie ein Rauschen zieht: Es ist dringlich geworden, etwas zu unternehmen. Weiter wie bisher ist keine Option, weder physikalisch-biologisch noch aus ökonomischer Sicht. Die Wissenschaft vermag das in diesem Buch eindrücklich belegen. *(Johanna Müller)*

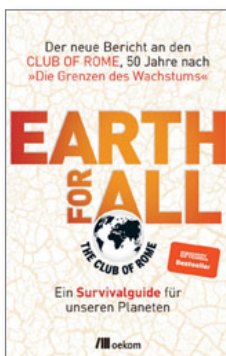
Greta Thunberg (Hg.)

**Das Klimabuch von Greta Thunberg**

S. Fischer Verlag 2022

512 Seiten, 38 Euro

## BUCH



### Earth for All

Ein wichtiges Buch, das den zweifellos zentralen aber verengten Blick auf die Frage der klimarelevanten Emissionen um die soziale Dimension erweitert und die

Klimakrise als Krise der globalen Gerechtigkeit bespricht. Das bedeutet auch, dass unser Wirtschaftssystem als Haupttreiber für die Klimaerwärmung benannt wird und eine Transformation der Finanzarchitektur, des globalen Welthandels und des Wachstumsparadigmas ausfindig gemacht wird. Allein in den letzten 30 Jahren hat unsere Generation die Hälfte aller Treibhausgase in die Atmosphäre geschleudert. Ohne eine Rückbesinnung auf ein Wirtschaften, das auch soziale Fragen mitdenkt, wird die Wende deshalb nicht gelin-

gen. Dazu zählt die Reorganisation der Landwirtschaft wie auch die Umstellung der Ernährung. Während oft auf den wachsenden Wohlstand in Schwellenländern und damit auf ressourcenintensive Lebensweisen verwiesen wird, darf nicht vergessen werden, dass der Hauptausstoß (pro Kopf) immer noch in Europa und Nordamerika stattfindet. Die Verantwortung muss also gleich hier, auf europäischer Ebene übernommen werden. *(red)*

Club of Rome (Hg.)

**Earth for All. Eine Survivalguide für unseren Planeten**

oekom Verlag 2022

256 Seiten, 26,50 Euro

# POPULÄRKULTUR

## BUCH



### Steck mal in meiner Haut!

Tatsache: BIPOC (Schwarze, Indigene und People of Color) sind in Kinderbüchern nur selten anzutreffen. Laut einer Studie aus Großbritannien, die rund 6.000 Kinder-

bücher aus dem Jahr 2020 unter die Lupe nahm, kommen in bloß 15 Prozent BI-PoC-Charaktere vor – und in nur 8 Prozent war die Hauptfigur im Buch nicht weiß. Im deutschsprachigen Raum sucht man vergeblich nach solchen Statistiken, doch auch hier ist davon auszugehen: Für Kinder of Color ist es alles andere als selbstverständlich, dass sie und ihre (Alltags-)Erfahrungen in Büchern abgebildet sind. Zu diesen gehört auch das Thema Rassismus. „Steck mal in meiner Haut!“, getextet von der Journalistin Saskia Hödl sowie der „KiKa“-Moderatorin Pia Amofa-Antwi, rich-

tet sich an alle Kinder ab 5 Jahren (mit besonderer Aufmerksamkeit für die Perspektive von Kindern of Color). Zugleich hält es, prägnant und verständlich, jede Menge Hintergrundwissen und Handlungsempfehlungen für Eltern und Pädagog\*innen parat.

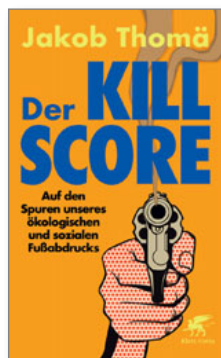
Entlang von Themen wie Fasching, Mehrsprachigkeit, Haare oder Religion will das aufklärende Sachbuch dabei helfen, Rassismus zu erkennen und gemeinsam dagegen aufzutreten. Aufgegriffen werden auch „schwierige“ Inhalte wie die Shoah oder die Auswirkungen des Kolonialismus. Dabei kommt der

farbenfrohe Band dank Emily Claire Völker, die das Geschriebene mit ihren vielfältigen Illustrationen ideal ergänzt, ohne die Wiederholung stereotyper oder gewaltvoller Darstellungen aus. Dass das Buch in Deutschland zum Bestseller avanciert ist, stellt den Bedarf an solchen Titeln klar unter Beweis. Diese Lektüre sollte ein Favorite für alle werden – Kinder wie Erwachsene! (*Vina Yun*)

Saskia Hödl, Pia Amofa-Antwi,  
Emily Claire Völker

**Steck mal in meiner Haut! Antirassismus, Aufklärung und Empowerment**  
EMF Verlag 2022  
48 Seiten, 14,95 Euro

## BUCH



### Der Kill Score

Trotz der 36.000 Menschen in Italien, die im Mai wegen der Überschwemmungen nach der Dürre ihr Zuhause verloren haben, bleibt die

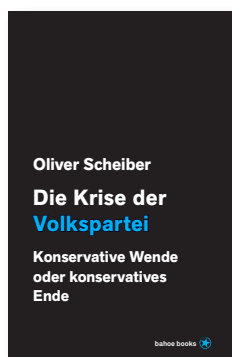
Größe „Klimawandel“ meist abstrakt. Was hat das eigene Auto, die Flugreisen oder der Konsum wirklich damit zu tun? Ist die Ölindustrie Schuld, die von den Folgen der Verbrennung von Öl und Gas schon seit den 1950er-Jahren weiß? Zwar gibt es seit kurzem die sogenannte Attributionsforschung, die untersucht, ob Stürme, Hitzewellen und Fluten auf den Klimawandel zurückzuführen sind, aber auch dies bleibt abstrakt. Auspuff und Wetter sind weit voneinander entfernt. Der Ökonom Jakob Thomä macht es konkret: Er rech-

net zum Beispiel nach, wieviele Menschen durch Luftverschmutzung (Feinstaub durch Reifenabrieb, Abgase, die Verbrennung von Holz) sterben und wer diese Tode zu verantworten hat. Sein Ergebnis: „20 EU-Bürger töten im Lauf ihres Lebens eine andere Person durch Luftverschmutzung.“ Im Plauderton dekliniert Thomä Täter (Konsument\*innen, Fast Food-Ketten), Waffen (das Auto, die Flugreise, der Hamburger) und Opfer (Kinder an stark befahrenen Straßen, Müllsortierer\*innen in Kenia) durch. Thomä nennt

dies Kill-Score. Es ist die Essenz dessen, was ein Begriff wie „ökologischer Fußabdruck“ nur unzureichend erfasst, nämlich das, was eine bestimmte Konsumentenscheidung anrichtet. Vor der eigenen Haustür und auf entfernten Kontinenten. Thomä trifft im flapsig-aufgedrehten Tonfall einen wichtigen Punkt. Allerdings bleibt die Schuldfrage nur unzureichend geklärt. (*Johanna Müller*)

Jakob Thomä  
**Der Kill Score**  
Klett Cotta Verlag 2022  
304 Seiten, 26,50 Euro

## BUCH



### Die Krise der Volkspartei

Der Jurist und Autor setzt gleich zu Beginn eine Zäsur: Mit der Übernahme des Parteivorsitzes durch Sebastian Kurz hat die ÖVP die politische Mitte verlassen. In der

Folge hatte man alle Chancen vergeben, wieder dort hinzukommen. Scheiber zeigt recht pointiert und klar zwei Wege auf: mit Voll-dampf weiter auf diesem Irrweg oder eine Rückkehr zu einer modernen, konservativen Sammelpartei. Dass das wichtig wäre, daran lässt der Autor keinen Zweifel. Denn die Krise der Partei hat mittlerweile auch zu einer Krise der österreichischen Demokratie geführt. Die Partei sei nicht länger in der Lage, Antworten für die Zukunft zu finden. Das Buch liest sich wie ein langer Essay, gut brauchbar als Umschau der jüngsten Ereignisse, die es erleichtert, die Dinge richtig einzusortieren. (red)

Oliver Scheiber

**Die Krise der Volkspartei. Konservative Wende oder konservatives Ende**

bahoe books 2023

114 Seiten, 19 Euro

## BUCH



### Wie wir die Klimakrise verhindern

Wenn Bill Gates erklärt, wie wir die Klimakrise lösen, macht das neugierig. Sein Appell für Atomkraft

ist bekannt und zurecht umstritten. Darüber hinaus bringt Gates eine ganze Reihe an Maßnahmen ein, die von Reduktion von Fleischkonsum über grüne Technologien bis zum Engagement auf Polit-Ebene reichen. Das sind interessante Einblicke in die US-amerikanische Denkweise. All das ist ein guter Überblick, ein spezifischer Ansatz fehlt aber. Der Glaube, die durch technischen Fortschritt ausgelöste Klimaerwärmung neuerlich durch Technik zu lösen, ist zwar wenig überraschend, lässt aber den dringend benötigten Paradigmenwechsel vermissen. (red)

Bill Gates

**Wie wir die Klimakatastrophe verhindern**

Piper Verlag 2022

320 Seiten, 15 Euro (Taschenbuch)

## IMPRESSUM

### MO REDAKTION:

c/o SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2,  
1070 Wien, T +43 1 524 99 00,  
F +43 1 524 99 00-9,  
redaktion@momagazin.at,  
www.momagazin.at

### REDAKTION:

Gunnar Landsgesell (Chefredakteur; gun),  
Karin Wasner (Fotoredaktion), Petja Dimitrova (Porträt-  
Illus), Alexander Pollak (apo), P.M. Hoffmann (Illustrati-  
onen), Eva Vasari (Illustrationen), Clara Akinyosoye, Eva  
Maria Bachinger, Philipp Sonderegger, Baruch Wolski

### AUTORINNEN DIESER AUSGABE:

Clara Akinyosoye, Barbara Coudenhove-Kalergi,  
Michaela Krömer, Milena Österreicher, Alexander Pollak,  
Sophia Reiterer, Martin Schenk, Philipp Sonderegger,  
Vina Yun

### COVERBILD: Lukas Ilgner

### ARTDIREKTION: Mitko Javritchev

### LAYOUT-KONZEPT: Theo Kammerhofer

### DRUCK: Ferdinand Berger & Söhne GmbH, Wiener Straße 80, 3580 Horn

### ANZEIGEN: Ute Meißnitzer, ute.meissnitzer@sosmitmensch.at

Telefon: +43 1 524 99 00-16

### ABOS: Anna Johow, abo@momagazin.at Telefon: +43 1 524 99 00-18

### VERTRIEB:

Beilage „Der Standard“; Straßenkolportage

### AUFLAGE: 45.000

### HERAUSGEBERIN:

SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2, 1070 Wien,  
T +43 1 524 99 00, F +43 1 524 99 00-9,  
Mail: office@sosmitmensch.at  
Web: www.sosmitmensch.at  
ZVR: 22747570

### OFFENLEGUNG gem. § 25 MedienG:

Medieninhaber (Verleger) und  
Herausgeberin: SOS Mitmensch  
Sitz: Wien  
Geschäftsführung: Alexander Pollak,  
Gerlinde Affenzeller  
Obmann: Max Koch  
Grundlegende Richtung: gegen Diskriminierung,  
für Menschenrechte, Demokratie und Migration  
ZVR: 22747570

### SPENDEN:

IBAN: AT12 2011 1310 0220 4383  
BIC: GIBAAWXXXX  
MO ist das Medium von SOS Mitmensch gegen  
Rassismus und Diskriminierung, für Menschenrechte,  
Demokratie und Migration. Der Nachdruck der Beiträge  
ist bei Nennung der Quelle und Übersendung von  
Belegexemplaren ausdrücklich erwünscht, wenn  
das Copyright nicht ausgewiesen ist. Die Rechte der  
Fotografien liegen bei den Urheber\*innen.  
Falls kein\*e Urheber\*in ausgewiesen ist:  
SOS Mitmensch.

## ANDERE ÜBER...

# Ein juristisches Erdbeben

Die Rechtsanwältin Michaela Krömer hat im Namen von zwölf Kindern und Jugendlichen Klage gegen das Klimaschutzgesetz eingebracht. Ein positives Urteil hätte weitreichende Folgen.

KOMMENTAR: MICHAELA KRÖMER



Illustration: Petja Dimitrova

**Z**um Hintergrund der Klage muss man vorausschicken, dass wir es in Österreich mit mehreren Besonderheiten zu tun haben: Erstens gibt es ein Klimaschutzgesetz, das – mit Ablauf 2020 – keine Verbindlichkeiten und keinen Sanktionsmechanismus kennt. Tatsächlich hat dieses Klimaschutzgesetz zu keiner Reduktion der Treibhausgase geführt. Zweitens sind in Österreich Kinderrechte im Verfassungsrang verankert. Artikel 1 des Bundesverfassungsgesetzes besagt, dass Kinder auch einen Schutzanspruch haben, welcher mit Blick auf Generationengerechtigkeit wahrzunehmen ist. Drittens: Kinderrechte sind zwar inhaltlich stark verankert, aber die Frage ist, *wie* man diese Rechte geltend machen kann. Welche Beschwerdemöglichkeiten sind damit verknüpft? Das Verfahren, das ich im Namen von zwölf Jugendlichen führe, verknüpft diese drei Aspekte. Denn Kinder werden in Zukunft am stärksten von der Klimakrise betroffen sein, obwohl sie am wenigsten dazu beigetragen haben. Was wir versuchen, ist, über einen Individualantrag Teile des Klimaschutzgesetzes anzufechten, und uns dabei – erstmalig – unmittelbar auf die Kinderrechte zu berufen. Ein span-

nender Punkt dabei ist, ob Kinder überhaupt Gesetze anfechten dürfen, die formell gar nicht an sie adressiert sind. Das ist grundsätzlich ein großes Problem, weil es kaum ein Gesetz gibt, das Kinder als Normadressat\*innen anführt, auch wenn sie die rechtlichen Auswirkungen zu tragen haben. Im Fall des Klimaschutzgesetzes bedeutet das konkret, dass das wissenschaftlich begrenzte Treibhausgasbudget heute verbraucht wird, ohne an morgen zu denken. Das ist deshalb möglich, weil das Klimaschutzgesetz keinen effektiven Rahmen schafft, um dieses Budget gerecht zu verteilen.

Falls wir dieses Verfahren gewinnen, wäre klargestellt, dass ein Klimaschutzgesetz in dieser Form Verfassungsrechte verletzt. Zusätzlich würde es bedeuten, dass sich Kinder unter bestimmten Umständen unmittelbar auf ihre ureigenen Rechte stützen können, um die Zulässigkeitshürde zu schaffen. Das wäre wichtig, weil damit tatsächlich ein Zugang zum Recht ermöglicht würde. Insofern käme ein positiver Entscheid in mehrfacher Hinsicht einem juristischen Erdbeben gleich.

Ich möchte nochmals betonen, dass dieses Verfahren nicht auf das gesam-

te Klimaschutzgesetz abzielt, sondern auf die erwähnten Aspekte. Das Klimaschutzgesetz insgesamt zu Fall zu bringen, würde keine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung der Situation bedeuten. Es gibt europarechtlich keine Verpflichtung zur Schaffung eines Klimaschutzgesetzes. Unser Ziel ist also, dass Teile der bestehenden Regelung gestrichen werden, sodass das aktuelle Klimaschutzgesetz effektiver wird. Dazu gehört etwa, dass es festgelegte Reduktionszeiträume geben muss; dass es eine Pflicht zur Umsetzung der Maßnahmen geben muss; und dass es keine ausschließlich retrospektiv orientierte Handlungsbasis bei der Setzung von Notfallmaßnahmen geben darf. Wird das Verfahren gewonnen, dann kommt es nicht nur zu einer Verbesserung des Klimaschutzgesetzes, sondern Kinder bekommen dann auch ein Recht auf einen effektiven Klimaschutz. Sie könnten nach dieser Entscheidung diese Rechte unmittelbar einfordern, wenn sie sich auf ihre Verfassungsrechte stützen. Beschreiben lassen sich die konkreten Folgen heute noch nicht: Das wird davon abhängen, wie die Entscheidung des Gerichts formuliert ist.

## **Spendet für unseren Einsatz**

**gegen Rassismus, Sündenbockpolitik und  
gegen alle Angriffe auf unsere Demokratie!**

**UNRECHT**

**braucht Widerstand!**

**SOS**  
Mitmensch

**[www.sosmitmensch.at](http://www.sosmitmensch.at)**





# 23. KUNSTAUKTION 2023

**Zum Ersten, zum Zweiten, zum Dritten  
GEHOLFEN!**

**23. Benefizauktion zeitgenössischer Kunst  
zugunsten von SOS Mitmensch**

Mitbieten: 20. bis 29. Juni 2023 online unter  
[www.dorotheum.com/sos2023](http://www.dorotheum.com/sos2023) und [www.sosmitmensch.at](http://www.sosmitmensch.at)

**+ anschließender Nachverkauf bis 27. Juli**

**30** Jahre **SOS**  
Mitmensch